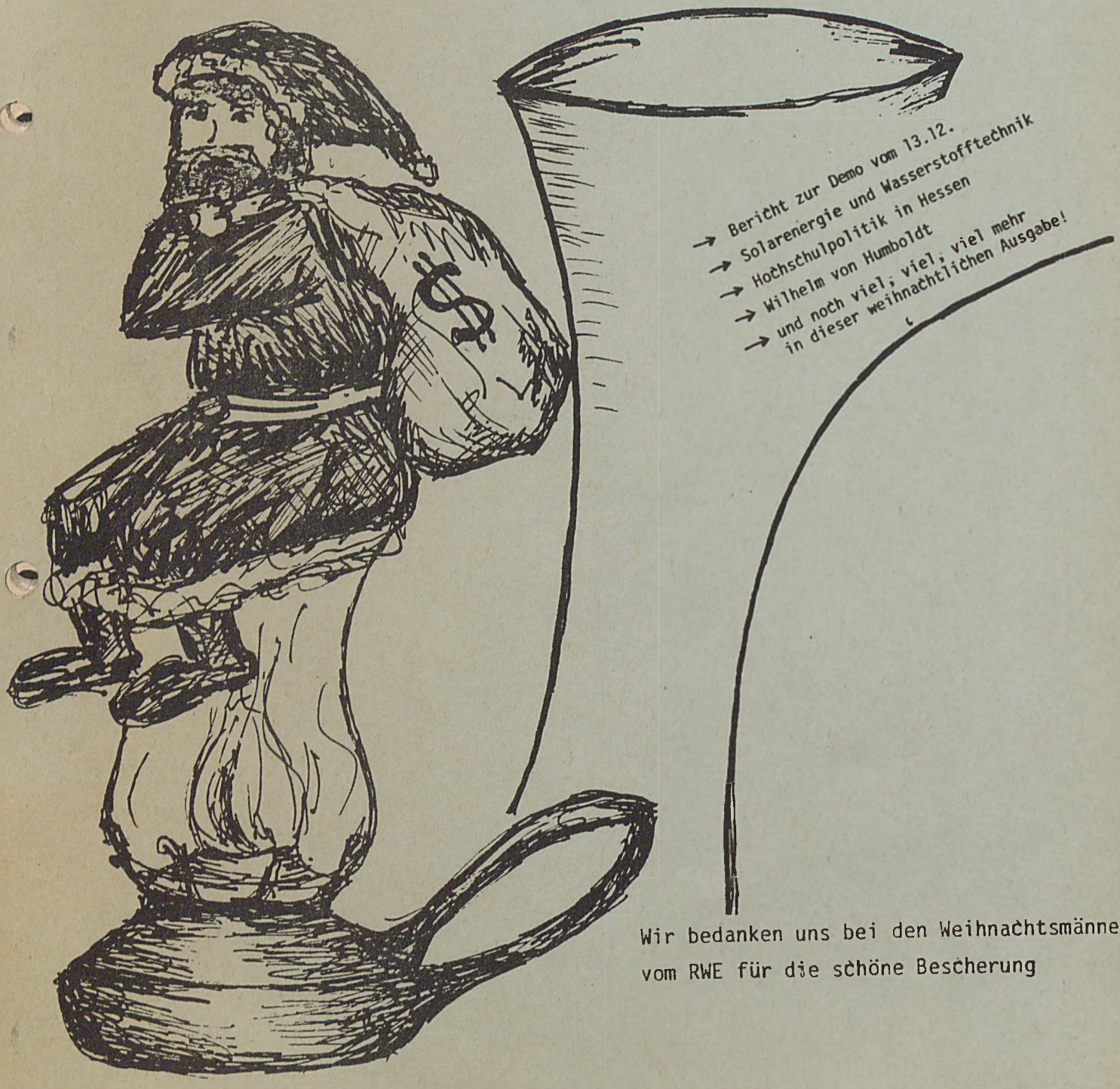
AStA Zeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft der THD

20.12.88

Nr. 00

Alle Jahre wieder ...



- Bericht zur Demo vom 13.12.
- Solarenergie und Wasserstofftechnik
- Hochschulpolitik in Hessen
- Wilhelm von Humboldt
- und noch viel; viel; viel mehr in dieser weihnachtlichen Ausgabe!

Wir bedanken uns bei den Weihnachtsmännern vom RWE für die schöne Bescherung

Termine

Mo 19.12.		
19.30	THD/Köhlersaal	Unter Mexicos Sonne von Sergej M. Eisenstein Veranst. AStA/THD Filmreihe 1988
21.00	Schloßkeller	Frauendisco
21.30	Krone	The Fredward "Roy" Hill Solo Show
Di 20.12.		
20.30	halbNeun	Gerd Dudenhöffer- "Kischde und Kaschde" (auch Mi u. Do)
21.00	Schloßkeller	Abschlußdisco
21.30	Krone	LOW BUDGED (Hard-Rock)
Mi 21.12.		
21.30	Krone	PIANO GEORGE
Do 22.12.		
19.30	Staatstheater Kleines Haus	Ich bin nicht Rappaport von Herb Gardner
21.30	Krone	EFF (Rock, dt. Texte)
Fr 23.12.		
21.30	Krone	THE RAGS
Sa 24.12.		
21.00	Steinbruch	BREAK POINT
21.30	Krone	SLAPSHOT (Funk'n'Soul, a. So)
Mo 26.12.		
21.30	Krone	SPLIT BAND (Rock-Pop, a. Di, Mi)
Do 29.12.		
21.30	Krone	KID CATS (Rock'n'Roll, a. Fr)
Sa 31.12.		
21.00	Steinbruch	Steinbruch Party
21.30	Krone	Silvester-Special

VERANSTALTUNGEN

WAS WISSEN LOSS

INHALT:

Veranstaltungen, Inhalt.....S. 2
Vorwort.....S. 3
Bericht von der Wohnungsdemo.....S. 4
Hochschulpolitik in Hessen.....S. 7
Polizeiwillkür statt Diskussion
Was ist los in Frankfurt.....S. 10
Forderungen für eine neue Universität...S. 12
Folgen und Erfolge der 68er Bewegung....S. 14
Buchkritik:
Katastrophische Normalität von Thomas Kluge.....S. 20
Entwicklung der Universitäten:
Wilhelm von Humboldt.....S. 21
Solarenergie und Wasserstofftechnik.....S. [illegible]
Euere Seite (Euer Seitchen).....S. [illegible]

'Runter mit der Brille Herr OB Metzger- wir haben Sie erkannt!

Impressum:
Redaktion und V.i.S.d.P.
AStA der THD. Auflage 1250 Ex.
Erscheint alle 14 Tage während des Semesters.
Die AStA Zeitung ist Mitgl. d. Jungen Presse Hessen. Namentlich nicht gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder.
Druck: AStA-Druckerei

Vorwort

Das Jahr endet, die AStA-Zeitung beginnt - mit einem Vorwort +++ zunächst etwas aus der Redaktion: ab nächstem Jahr haben wir endlich die heißersehnte eigene Schreibmaschine - als Weihnachtsgeschenk sozusagen +++ Die Zeitung fängt an mit aktuellem: Bericht von der Wohnungsdemo und dem sich anschließenden Besuch der Stadtverordnetenversammlung ab Seite vier +++ Wir bleiben bei den Nöten der Studierenden: Forderungen an die Hochschulpolitik ab Seite sieben +++ Aus Frankfurt ein Bericht über die dortigen Aktivitäten in Sachen Hochschulnot - auf Seite zehn +++ Forderungen an die Universität auf Seite zwölf +++ Soweit die aktuellen Themen. Für die lange, besinnliche Weihnachtszeit haben wir diesmal besonders umfangreiche Texte verpackt: so die Folgen und Erfolge der 68'er Bewegung ab Seite 14 +++ Über die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik schreibt Thomas Kluge in seinem Buch "Katastrophische Normalität". Kritik auf Seite 20 +++ Der Beitrag "Entwicklung der Universität" beschreibt die Universität zur Zeit Humboldts und legt Zusammenhänge zur heutigen Zeit dar. Ab Seite 22 +++ Abschließend ein Bericht über eine Tagung des Battelle-Instituts Solarenergie und Wasserstofftechnik. Und der steht ab Seite 25 +++ Was fehlt? Die LeserInnenseite? Ja - aber es ist nur ein LeserInnenseitchen, sprich 1/2 Seite, geworden. Vielleicht findet Ihr in den Ferien ein wenig Muße, diese Seite zu füllen. +++ Die Zeitung ist zuende, das Vorwort auch gleich: dem allgemeinen jahresüblichen Trend folgend - aber nicht deswegen - wünscht allen treuen LeserInnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr -

die Redaktion.

Bericht von der Wohnungsdemo

Noch fünf Minuten vor Beginn der großen Wohnungsdemo sieht alles nach einem Reinfall aus: gerade 70–80 Leute tummeln sich auf dem Karolinenplatz, ein wenig regnet es. Doch dann sammeln sich die Massen: eine Viertelstunde später sind es – nach Schätzung der Polizei – 1000 DemonstrantInnen, die mit Plakaten und Fackeln gegen die Wohnungsnot in Darmstadt und anderswo demonstrieren.

Das Problem „Wohnungsnot“ ist nicht neu: schon in der vergangenen Vollversammlung wurden eindringlich die Probleme geschildert, die wenig verdienende auf dem Wohnungsmarkt haben. Wohnraum ist erst oberhalb einer gewissen Zahlungsfähigkeit erschwinglich und auch vorhanden; für sozial Schwache wie uns StudentInnen bleibt nichts übrig. Im Gegenteil: Es ist kein Geld für Wohnheime oder Sozialwohnungen da; noch erschwinglicher Wohnraum wird in Eigentumswohnungen umgewandelt oder luxussaniert. Vor diesem Hintergrund rufen ASten von FH und TH Darmstadt für Dienstag, den 13.11.88 eine Demonstration durch Darmstadt aus.

„Bringt alles mit, was für eine laute und bunte Demo gut ist“, stand auf den Plakaten, und die Leute hatten gut gelesen: Pfeifen, Rasseln, Klatschen, Beckenschlagen allerorten, in seltsamem Kontrast zum betulichen Kitsch des Darmstädter Weihnachtsmarktes. Plakate und Sprechchöre: „Die Studis ham die Schnauze voll – die Makler treiben's viel zu toll!“. Dutzende von Fackeln geben dem Zug einen feierlichen Beigeschmack. Mittendrin Busse von FH und TH, aus denen Lieder wie „Wir brauchen mehr Ra-aum“ mit der Melodie von „We shall overcome“ klingen.

Vor dem Büro des Maklers Bußhaus kommt es zum Stopp und Protest. Ein Redner spricht zum Thema „Maklerunwesen“. Der preiswerte Wohnraum in Darmstadt sei fest in den Händen der rund 20 Wohnungsmakler, die sich schon längst nicht mehr nur um höhere Einkommensschichten bemühten. Kaum ein Wohnungssuchender komme um einen Makler herum und müsse sich prostituieren, d.h. dem Makler jede gewünschte Information über sich selbst geben, um die persönlichen Vorzüge gegenüber anderen BewerberInnen herauszustellen. So würde neben einer Entsolidarisierung der Wohnungssuchenden über die Provision eine kontinuierliche Steigerung der Mieten erreicht. Der Redner schließt: „Wir fordern die Abschaffung des Maklerwesens! Das Grundrecht auf Wohnen darf kein Geschäft sein!“

„Bußhaus muß raus“ wird skandiert, aber es bleibt bei verbalen Protesten: Schließlich stehen vor diesem wie vor jedem weiteren Maklerbüro vier Polizisten und betreiben Objektschutz. Der Zug geht weiter. Auf einer Kreuzung stauen sich die Autos. Einige hupen spontan mit, wohl „um ihre Solidarität auszudrücken“, wie mein Nachbar meint. Der Regen hat wieder eingesetzt, die Kebab-Buden machen gute Geschäfte.

Der Makler Bachmann in der Magdalenenstraße erzählt eine Rednerin, würde viel Wert auf das äußere Erscheinungsbild legen: „Mit langen Haaren bekommst du keine Wohnung“. Oftmals würden Wohnungen ohne vorhergehende Besichtigung vermietet; Bedenkzeit sei nicht drin. MieterInnen werden geködert mit „anstehenden Renovierungen“, die nie stattfänden. Zu seiner Sicherheit habe Bachmann immer einen geladenen Revolver in seinem Schreibtisch liegen.

Die BewohnerInnen der besetzten Fuhrmannstr. 9 (Plakat: „Krieg den Palästen“) schenken Tee aus. Es ist auch schon ziemlich kalt geworden. Im Martinsviertel kommt es zum vorletzten Redebeitrag zum Thema „Sanierung“. Die Sanierung von Altbauten, so der Redner, verschärfe die Wohnungssituation: die Mieten stiegen, Mietwohnungen würden in Eigentumswohnungen umgewandelt, durch neue Heizformen stiegen Nebenkosten. So würde Wohnraum für Mittel- und Dienstleistungssichten geschaffen; Darmstadt könne sich so als idealer Industrie- und Dienstleistungsstandort präsentieren. Was mit den alten MieterInnen geschähe? Vielleicht sollten sie auswandern, in die „Kranichsteiner Wohnklos“ oder gar ganz raus aus dem Rhein-Main-Gebiet. Die Situation werde gerade für Studierende immer unerträglicher, die dann gleich zuhause blieben.

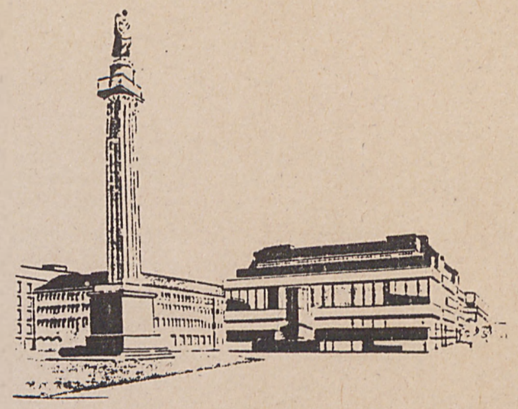
Auf dem Luisenplatz kommt die Demo zum Schluß. Die Fackeln sind abgebrannt, die Plakate stehen noch. Kaum sind die Abschlußworte gesprochen, da geht die Mitteilung
um, daß gerade eine Stadtverordnetenversammlung stattfinde...warum nicht mal hineinschauen? Im Laufschritt geht's zum Luisen-Center, links und rechts die Polizisten, die schnell merken, was gespielt wird, und die Treppe blockieren. Auf Umwegen schaffen es einige doch, auf die Tribüne vorzudringen. Die Sitzung wird sofort unterbrochen.

Auf der Treppe kommt es zu Schieben und Drängeln; die Polizei geht nicht gerade zimperlich vor: rüde Griffe – u.a. ins Gesicht –, willkürliche Personalienüberprüfung u.ä. Schließlich dürfen alle nach oben – es ist ja auch eine öffentliche Sitzung. Auf der Tribüne und im Plenarsaal herrschen Ratlosigkeit. Immerhin versucht ein Parlamentarier der GRÜNEN, das Thema „Wohnungsnot“ auf die Tagesordnung zu setzen; rüde wird er von einem SPD-Kollegen weggestoßen, im Hintergrund gestikulieren einige andere heftig, das Mikrofon abzudrehen. „Hier entlarvt sich die Demokratie“ ruft einer in den Saal.

Wenig später stehen Polizisten an allen Ausgängen und beginnen, die Tribüne zu räumen. Einige wenden Gewalt an: DemonstrantInnen werden auf die Treppe geschleudert, am Halstuch gewürgt, an den Haaren gezogen, in den Polizeigriff genommen, obwohl sie keinen Widerstand leisten. Beschwerden gegen besonders brutale Polizisten sind zwecklos: Namen und Dienstnummern werden nicht genannt, Anzeigen nicht entgegengenommen: Die sich da beschwerten, möchten doch bitte schön morgen aufs Präsidium kommen. Ob jene bewußten Beamten dann auch da seien? Das weiß der Einsatzleiter nicht.

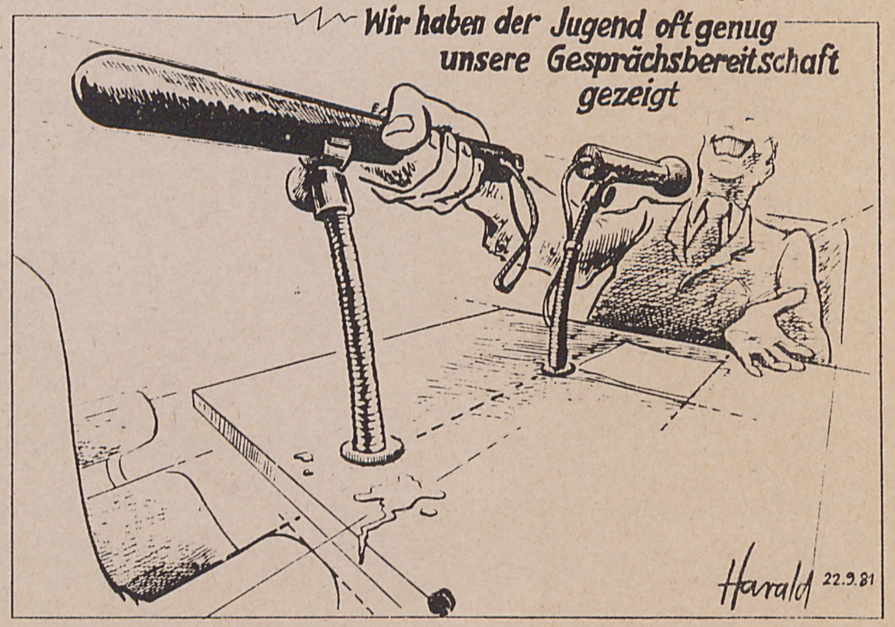
Im Plenarsaal wird die Sitzung wieder aufgenommen. Die GRÜNEN haben einen offiziellen Antrag gestellt, über die Wohnungsnot zu diskutieren, der Antrag ist abgelehnt worden. Der Stadtverordnetenvorsteher Ebert: „Wir lassen uns nicht von irgendwelchen Leuten nötigen, die Tagesordnung zu ändern“. Ausdrück-

lich dankt er der Polizei für ihre gute Arbeit. Dann geht das Parlament zur Tagesordnung über: Haushaltsberatungen.



Wen die Demonstration moralisch gestärkt hatte, wurde bald eines besseren belehrt: Offensichtlich ist die Stadtverordnetenversammlung nicht bereit, in Anwesenheit der Betroffenen über Wohnungsnot zu diskutieren. Stattdessen wird, wie so oft, die Polizei vorgeschickt. Diese Politiker sind weder fähig noch willens, unsere Probleme ernstzunehmen und zu lösen. Wie wir unsere Wohnungsnot beseitigen? Jedenfalls nicht mit diesen Politikern. Das hat der Abend gezeigt.

Andreas Zeller



Hochschulpolitik in Hessen

Seit Wochen gärt es an den Hochschulen in Hessen. Dies kommt nicht von ungefähr. Schuld daran ist, so die LandesASTenkonferenz Hessen (LAK), die von Minister Gerhardt betriebene Bildungspolitik. Für die LAK ist die verfehlte Politik der hessischen Wissenschaftstechnokraten nur noch ein Verwalten der Bildungsmisere. Aus diesem Grund hat die LAK letzte Woche zu einem landesweiten Aktionstag aufgerufen, an dem sich in 5 hess. Hochschulstandorten einige tausend StudentInnen beteiligt haben. So gingen in Frankfurt ca 10.000 StudentInnen und SchülerInnen auf die Straße, um eine Umstrukturierung des Bildungssystemes zu fordern. In Gießen und Kassel fanden ein Vorlesungsboykott, alternative Veranstaltungen und Demonstrationen statt. In Marburg versammelten sich die StudentInnen auf einer Voll-Versammlung und diskutierten die mißliche Lage der Hochschulen. In Darmstadt versammelten sich etwa 1000 StudentInnen und Wohnungssuchende, um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu demonstrieren.
Die vielen Probleme, die das Bildungssystem und die Wohnungspolitik aufwerfen, brachte viele StudentInnen in den Ausstand. In der Frankfurter Universität streikten sämtliche StudentInnen über 2 Wochen, um auf Ihre Situation aufmerksam zu machen. In über 150 Arbeitskreisen diskutierten die KommilitonInnen Forderungen und Vorstellungen, die sie mit dem Studium und der Hochschule verbinden. An der THD gibt es auch einige Arbeitskreise, die sich mit diesen Themen beschäftigen. Folgende AK's sind vorhanden:
Wohnungsnot, Studiensituation, Gentechnologie, politisches Mandat, Technikforschung. Diese Arbeitsgruppen können über den AStA angesprochen werden. Auch gibt es in einigen Fachschaften diverse Arbeitskreise, die man/frau über die jeweiligen Fachschaften erfragen bzw. ansprechen kann.
Im Folgenden ist der Forderungskatalog der LandesAStenkonferenz abgedruckt, hinter dem sich auch der AStA der THD einmütig gestellt hat.

Forderungskatalog bezüglich der Zukunft der Hochschulen:

1.) Umfassende Demokratisierung der Institution Hochschule.
- Verankerung der verfassten StudentInnenschaft.
- Politisches Mandat der StudentInnenschaft.
- Finanz- und Satzungsautonomie
- Umwandlung der gesetzlichen Rahmenbedingungen (HRG, HHG) im Sinne unserer Forderungen.
-Demokratische Kontrolle und Mitbestimmung der StudentInnen bei der Vergabe der Forschungsfelder (nicht nur Drittmittel), den Inhalt und den Zielen von Forschung und Lehre.
- Studium ist nicht die passive Aufnahme von Wissen!
Wir fordern die obligatorische Vermittlung von Forschung und Lehre als integralen Bestandteil jedes Studienganges (Projektstudium, alternative Formen des Seminars und der Vorlesung, fachübergreifende Lehrveranstaltungen).
- Wir fordern die Verknüpfung von Gesellschafts- und Naturwissenschaften mit dem Ziel einer umfassenden Verantwortung der Wissenschaften für die gesellschaftlichen Folgen ihrer eigenen Erkenntnisse und ihres Handelns. Kritische Interdisziplinarität der Wissenschaft könnte sich auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:
a) Das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie.
b) Gesellschaftliche Demokratisierung und Herrschaftsstrukturen bzw. interessen.
c) Feministische Wissenschaftskritik / Frauenforschung.
d) Technologiefolgenabschätzung, die in die Entwicklung neuer Technologien (z.B. Gentechnik, Informations- und Kommunikationstechnik, Energietechnologie) eingreift und gleichzeitig die potentiell Betroffenen in den Entscheidungsprozeß mit einbezieht.

2.) Die Gleichberechtigung der Frauen ist ein noch immer nicht realisiertes Grundrecht in der Gesellschaft und an den Hochschulen.
- Wir fordern bevorzugte Besetzung von wisschenschaftlichen Stellen durch Frauen.
- Gleiche inhaltliche Berücksichtigung bzw. gleiches Angebot der Themen und Ergebnisse der Frauenforschung in allen Fachbereichen.

3.) Öffnung der Hochschulen!
Hochschule muß zu einem Ort kritischer gesellschaftlicher Reflexion und Kommunikation werden, zu dem alle sozialen Schichten und Altersgruppen gleichberechtigten Zugang haben.
Deshalb fordern wir:
- Aufhebung aller Hochschulzugangsvoraussetzungen.
- Gleiche Studienmöglichkeiten, mehr Orientierungshilfe im deutschen Studiensystem und spezielle studienbegleitende Tutorien für alle ausländischen KommilitonInnen.
- Schaffung von Betreuungseinrichtungen für (Klein-) Kinder, deren Eltern studieren wollen.
- Einrichtung einer behindertengerechten Hochschule.

4.) Abschaffung aller Selektionsmechanismen, die die StudentInnenzahlen kanalisieren bzw. Wettbewerbsdenken unter den StudentInnen herauszufordern:
-Aufhebung der Regelstudienzeit
- Abschaffung der Studiengebühren
- Abschaffung der Zwischenprüfungen
- Rücknahme aller Studienordnungen, die den Verschulungsprozeß vorantreiben (Scheinanforderungen, Pflichtanteile im Studium)

- Aufhebung der Unterscheidung angeblich berufsqualifizierender und nicht qualifizierender Studienabschlüsse (Diplom - Magister) sowie der subtilen Abgrenzung von FH und Uni-Abschlüssen.

- Wir wenden uns gegen alle Tendenzen zur weiteren Reglementierung und Einschränkung individueller Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten im Studium, wie sie in den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz vom Juni 1988 enthalten sind (Regelstudienzeit, Zwangsexmatrikulation, Studiengebühren...)
Wir fordern freie inhaltliche und zeitliche Gestaltung des Studiums. Die Studierenden sind mündig genug, sich selbst zu bilden.

5) Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln zur Überwindung der akuten Notlage und der zukünftigen Absicherung der Hochschulen in unserem Sinne in räumlicher, sachlicher und personeller Hinsicht.
- Zur Zeit studieren 1,5 Mio. StudentInnen an westdeutschen Hochschulen mit einer Kapazität von 780 Tsd. Studienplätzen. Dies entspricht einer Überlastung von ca. 100 %.
- Seit 1975 erhielten die Hochschulen keine neuen Personalstellen mehr.
- Das Verhältnis vo Lehrenden zu Studierenden verschlechterte sich im gleichen Zeitraum von 1:29 zu 1:40.

6) Das projektierte 2 Milliarden Bund-Länder-Programm kann nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein, da diese Gelder nur in sog. Zukunftsorientierte (= profitversprechende) Technologien (Materialwissenschaften, Gentechnologie, Informatik, etc.) fließen.
Wir fordern einen langfristigen qualitativen Ausbau der Hochschulen! Hochschule ist für uns ein Ort, an dem für alle gesellschaftlichen Gruppen umfassende, kritisch reflektierende Bildung verwirklicht werden kann und soll.
Hochschule als Durchlauferhitzer arbeitsmarktgerecht zugerichteten Spezialistentums, das einzig kapitalverwertbar ist, lehnen wir schärfstens ab.
Im Zuge des qualitativen Ausbaus von Hochschulen, fordern wir:
a) als längerfristiges Ziel ein sinnvolles Verhältnis von Lehrenden und Studierenden

b) die Erweiterung des wissenschaftlichen Mittelbaus zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses, ohne diesen in direkter Abhängigkeit von den ProfessorInnen zu belassen (§ 41 HHG 1987), bei ausreichender tariflicher und sozialer Absicherung. Abschaffung der Altersgrenzen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und C1-Professuren.
c) Mehr Stellen für studentische Hilfskräfte und eine Bezahlung entsprechend der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden.

7) Schaffung von Ausreichendem, billigem und menschengerechten Wohnraum für Einkommensschwache (AusländerInnen, Studierende, Arbeitslose, etc.).
- Schärfere Kontrollen von Wohnraumzweckentfremdung und Mietwucher durch städtische Behörden, damit das unsoziale Prinzip von Angebot und Nachfrage auf dem mietwohnungsmarkt ansatzweise korrigiert werden kann.
- Scharfes Einschreiten gegen jegliche Form der Wohnraumspekulation.
- Sofortige Bereitstellung leerstehenden Wohnraumes zur Nutzung.
- Mietpreisbindung
- Revision der Vergaberkriterien bei Sozialwohnungen.
- Erhöhung des Mietzuschusses im Rahmen einer allgemeinen Verbesserung der BAFÖG-Leistungen, wobei der Mietzuschuß auch für die zu zahlen ist, die nicht berechtigt sind, BAFÖG zu bekommen.

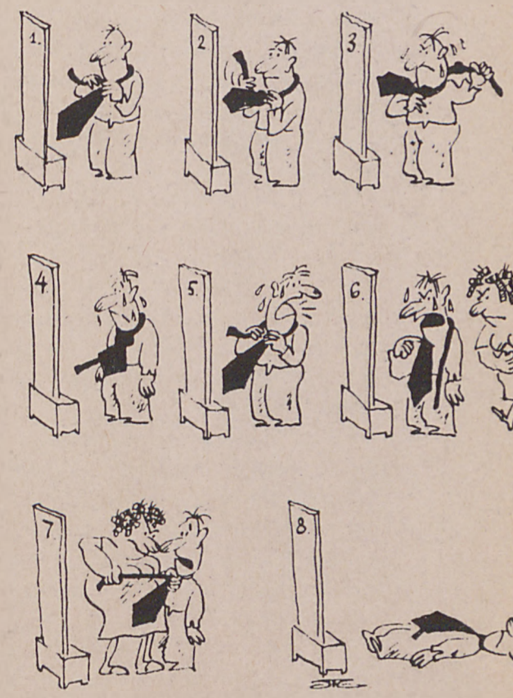
FÜr uns ist eine ausreichend große und entsprechend gestaltete Wohnung ein fundamentales Menschenrecht, dessen Einlösung wir vehement fordern!

8) Rücknahme des BAFÖG auf Darlehensbasis. Es ist ein Skandal, daß man/frau für seine unverschuldete Abhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen selbst verantwortlich gemacht wird, in dem sich nach dem Studium ein durchschnittlicher Schuldenberg von DM 40.000,- auftürmt. Wir fordern:
- Änderung der BAFÖG-Regelung zugunsten der StudentInnen.
- Erhöhte monatliche Leistungen.
- Regelmäßige jährliche Anpassung entsprechend der Inflationsrate.

Wir fordern ein soziales und gesetzliches verankertes Recht auf Bildung für alle. Wissenschaft und Bildung sind keine Privilegien für wenige, sondern eine Chance für viele, ihre eigenen Lebensbedingungen bewußt und selbstbestimmt zu gestalten.!

Die LandesAStenkonferenz
Frankfurt, am 12.12.1988

Peter Klemz
Hochschulreferent



Was ist los in Frankfurt?

Für eine Vollversammlung muß die Kongreßhalle angemietet werden; die ZDF-Talkshow in der Alten Oper hat Probleme mit dem Geräuschpegel eines Pfeifkonzerts; von einem Hochhaus der Johann-Wolfgang-Goethe(JWG)-Universität sendet der Piratensender ZFR auf UKW (105 MHz) Streikinfos. Was ist los in Frankfurt?

Der erste uniweite Protest äußerte sich auf einer überraschend großen studentischen Vollversammlung (VV) vor drei Wochen. Damit ging das gleichgültige Ertragen der miserablen Studiensituation zu Ende. Kern der Unmutsäußerungen waren der katastrophale Lehrbetrieb und die verschärfte soziale SItuation für Studierende, vor allem die Wohnungsnot.

Da der Frankfurter AStA (der einzige rechte AStA in Hessen) als Organ des Protestes nicht in Frage kam – der RCDS/Giraffen[1]-AStA hatte auch die Kontaktversuche der streikenden FH's blockiert – bildete sich aus der VV ein „zentraler Fachschaftenrat" (ZFR) als neues Gremium.

Offen und basisdemokratisch, mit einer Stimme pro Fachbereich, koordinierte der ZFR alle weiteren Aktivitäten. Nicht nur der rechte AStA, sondern alle parteiabhängigen Gruppierungen und einzelne profilierungssüchtige „Studentenpolitiker" blieben ohne Einfluß.

Eine zweite VV beschloß dann, den Lehrbetrieb stillzulegen, der seit Jahren ohnehin auf akuter Sparflamme lief. In einem „aktiven Streik" begannen die StudentInnen selbstorganisiert, die eigenen Probleme zu thematisieren, Forderungen aufzustellen und konkrete Veränderungen der Studienmisere anzupacken. Auf zahlreichen Fachbereich-VV's wurde für den aktiven Streik gestimmt – innerhalb einer Woche in 18 von 21 Fachbereichen. An die 100 studentische Arbeitsgemeinschaften entstanden; täglich liefen Aktionen am Campus und in der Stadt.

Am 30.11. in der Kongreßhalle wurde von 8000 StudentInnen ein Forderungskatalog diskutiert und mit großer Mehrheit beschlossen. Hier seien nur einige Forderungen genannt, um die Konfliktlinien zwischen einer großen Zahl von Studierenden und denen, die bisher an der Hochschule die Politik bestimmten, aufzuzeigen:

- eine angemessene *Ausstattung* entsprechend der Zahl der Studierenden und die Bereitstellung bedürfnisgerechten Wohnraums;
- die Abschaffung sämtlicher *Auswahlmechanismen* wie Regelstudienzeiten, Studiengebühren und NC's;
- entscheidende *Mitbestimmung* an Lehrinhalten und Forschungsprojekten;
- die Ausstattung für ein studentisches Institut zur Förderung kritischer *Interdisziplinarität*.

[1] Giraffen = diffus liberale Möchtegerne

Da die Punkte hier nicht ausführlich erläutert werden können, noch einige kritische Bemerkungen. Die realen Machtverhältnisse an einer als links angesehenen Universität haben sich schon lange verstärkt der sie umgebenden Wirklichkeit angepaßt. Das krampfhafte Streben in Frankfurt um Anerkennung als internationale Metropole setzt auch die universitäre Wissenschaft unter Anpassungszwang. Die Universitätsleitung und die konservativ-liberale Professorenmehrheit fordern auch mehr Knete für die JWG-Universität. Da kommt ein Teil des studentischen Protests wie gerufen und läßt sich vereinnahmen. Für Uni-Präsident Ring, Parteifreund Möllemanns, ist die Verhandlungsposition in Wiesbaden gestärkt. Was von oben ausgehandelt wird, bleibt weitgehend Kosmetik.

Allen weitergehenden Forderungen hat der Präsident eine Absage erteilt. Umgekehrt haben StudentInnen dem Krisenmanagement der letzten Jahre und den Umstrukturierungsplänen mit dem einseitigen „Marktanpassungs"-Konzept UNI FRANKFURT 2000 den Kampf angesagt.

Sollte es tatsächlich viele zusätzliche Milliarden für die Hochschulen geben (vielleicht durch Sparen im Sozialetat?), ist die Studiensituation für StudentInnen kein Stück verbessert. Solange die Hochschulpolitik über unseren Köpfen weiterläuft, von jenen bestimmt, die für die Misere verantwortlich sind, herrscht weiter Ausbildungsnotstand; von der vielbeschworenen „Bildung" ganz zu schweigen. Studierende werden als passive Ausbildungsmasse am Rangierbahnhof Universität verschoben. Nur noch Ellbogenmentalität und „Zähne zusammenbeißen"?

Während die Mittel innerhalb der Hochschulen immer stärker in den Forschungsprozeß fließen, bleiben Studierende von Forschung ausgeschlossen. Zusätzlich verschwinden durch veränderte Gesetze die Möglichkeiten der Kontrolle von Drittmittel-Geldern. Gegen diesen Trend fordern die Frankfurter StudentInnen Mitbestimmung in Forschung und Lehre. Die Ausrichtung der Wissenschaften soll mit Blick auf zentrale gesamtgesellschaftliche Probleme, ökologische und soziale Krisen erfolgen. In diesem Zusammenhang hat eine Arbeitsgruppe bereits eine Konzeption für das „studentische Institut zur Förderung kritischer Interdisziplinarität" vorgelegt.

Es geht in der Tat um eine bessere Universität. Um ein anschauliches Beispiel zu geben: Niemand in der Welt der hessischen Hochschul-Wissenschaftler war bisher zum aktuellen Skandal von Biblis zu hören. Damit wird de facto die Verschleierungs- und Lügentaktik der Verantwortlichen wie der Politiker von der universitären Wissenschaft mitgetragen. Universität '88 – Was bleibt, ist das Öko-Institut.

Forderungen für eine neue Universität

(Alle Punkte der Resolution wurden von einer studentischen Vollversammlung der Johann-Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am 30.11.1988 im einzelnen beraten, ergänzt und mit großer Mehrheit abgestimmt.)

1. Bereitstellung von angemessener räumlicher, personeller und sachlicher Ausstattung entsprechend der gewachsenen Zahl der Studierenden.

2. Verbesserung der Studiensituation durch Einstellung von studentischen und akademischen TutorInnen mit angemessener Bezahlung und tariflich abgesicherten Verträgen. Anerkennung der dort erbrachten Leistungen durch die Möglichkeit der Vergabe von Scheinen.

3. Beseitigung der akuten Wohnungsnot durch Bereitstellung billigen, bedürfnisgerechten Wohnraums. Gleichberechtigung der ausländischen StudentInnen bei der Verteilung von Zimmern an Studierende.

4. Änderung des Bafög-Gesetzes unter studentischer paritätischer Mitbestimmung.

5. Abschaffung sämtlicher Auswahlmechanismen:
- Aufhebung der Regelstudienzeit
- Abschaffung der Studiengebühren
- inhaltliche Veränderung der Zwischenprüfungen unter Mitarbeit der studentischen Vertreter
- freier Zugang zu den Hochschulen

6. Wir sprechen uns für die Bildung von Frauenräten in allen Fachbereichen und der Gesamtuni aus und fordern ausreichende Mittel zur besseren institutionellen Absicherung dieser bereitzustellen.

7. Der Ausbau feministischer Forschung und Lehre in allen Fachbereichen soll strukturell verankert werden.

8. Bevorzugte Einstellung von Frauen bei der Besetzung von Lehrstühlen und MitarbeiterInnenstellen, um dem männlichen Übergewicht auf diesen Stellen entgegenzuwirken.

9. Vermittlung von Forschung und Lehre in gegenseitiger Reflexion, so daß einerseits der Ausschluß der Studierenden aus dem Forschungsprozeß und andererseits ihre Herabsetzung zur passiven Ausbildungsmasse im Lehrbetrieb aufgehoben wird.

10. Entscheidende Mitbestimmung von StudentInnen an Lehrinhalten und Forschungsprojekten. Verteilung von Forschungsgeldern (insbesondere der Drittmittel) unter studentischer Kontrolle.

11. Wir fordern die Einrichtung eines studentischen Instituts zur Förderung kritischer Interdisziplinarität mit entsprechender Ausstattung. Gesellschaftlich relevante Forschungsfelder, die sich in diesem Zusammenhang anbieten, könnten sein:
- Problematiken und Risiken der Genforschung
- Fragen der Demokratisierung der Gesellschaft
- das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie
- eine Technikfolgenforschung, die schon in den Prozeß der Technologieentwicklung selbst eingreift
- Funktionsweise und soziale Auswirkung von neuen Medien und Massenkommunikationsmitteln
- feministische Wissenschaftskritik

12. Gleichberechtigte Studienbedingungen auch für diejenigen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.

13. Schaffung von Kindertagesstätten an Hochschulen für alle Kinder, deren Eltern studieren wollen.

14. Schaffung von behindertengerechten Einrichtungen in der ganzen Universität.

15. Zurücknahme aller Verordnungen, die universitäre Verteilungskämpfe provozieren, insbesondere der Kapazitätsverordnung.

Quo navigas, Universitas?

Folgen und Erfolge der 68'er Bewegung

Der folgende Beitrag dokumentiert Teile eines mündlich frei vorgetragenen Referats von Professor Jürgen Klüver. Auf der "Alternativen Hochschule" des AStA der TH-Darmstadt im letzten Sommersemester referierte Jürgen Klüver über das Thema "Die Wissenschaftskritik der Studentenbewegung". Hier sind die Teile des Vortrags wiedergegeben, die sich mit den Auswirkungen auf die heutigen Hochschulen beschäftigen.

Trotz der Selbstbezogenheit und des hoffnungslosen Idealismus des theoretischen Grundansatzes, war ein Teil des Programmes der studentischen APO durchaus erfolgreich, oder es sah wenigstens wieder eine Zeitlang so aus. Es bestand das Bedürfnis, die eigenen Universitäten zu verändern, sie auf eine andere Grundlage zu stellen, Wissenschaft ein anderes Bewußtsein zu geben. Und das schlug sich vor allem

REFORMHOCHSCHULEN

nieder in der bereits erwähnten Gründung der neuen Reformhochschulen, der damals neuen Reformhochschulen, deren radikalste gewiß Bremen war. Und Bremen charakterisierte sich ganz streng den Forderungen der aktiven Studenten und auch der demokratischen Assistenten folgend, an folgenden Prinzipien:

- ad 1: Die Lehrenden, die Professoren haben keine Untergebenen, es gab keinen akademischen Mittelbau. Das ist sehr wichtig, denn der akademische Mittelbau war oder ist so etwas wie der Hofstaat der Fürsten. Bremen verzichtete darauf, so etwa nach dem Motto: Wenn die Professoren forschen wollen, dann sollen sie doch ihre Arbeiten selbst durchfuhren.
- ad 2: Es gab keine festen Wissenschaftsdisziplinen, in dem Sinne, wie sie das hier mit Physik, Chemie, Maschinenbau und so etwas kennen. Es gab natürlich Physiker, Chemiker, Soziologen usw., aber diese sollten sich, so jedenfalls die Vorstellungen der Gründer und eine Zeitlang wurde das auch ernsthaft realisiert, ständig gemeinsam versammeln, um sich darüber zu beraten, wie jetzt beispielsweise ein Soziologe und ein Physiker zusammen in der Lehre einen Studenten ausbilden.

Aber die gemeinsame Ausbildung soilte eben dazu führen, daß die Physikstudenten kritisch Soziologie mitkriegten und die Soziologiestudenten soviel von Physik mitkriegten, daß sie begreifen, was Physik eigentlich ist und was sie insbesondere in einer Gesellschaft wie der unseren positiv oder negativ bewirken kann. Die Zauberformel für diesen Gedanken hieß wie gesagt "Projekt" oder genauer gesagt "projektorientiertes Studium". Und die Vorstellung war: Projekte sind interdisziplinäre Lehrveranstaltungen, in denen mehrere Dozenten gemeinsam mit Studenten verschiedenster Studiengänge, also Studenten, die unterschiedliche Abschlüsse haben wollen, ein bestimmtes Problem bearbeiten wollen, beispielsweise "Radioaktiver Fallout an einem der AKWs an der Weser". Und dann a.) über die physikalische Komponente des Problems reden, woran liegt das? Sicherheitstechnologie und ähnliches. b.) die juristische Seite: was können denn die Betroffenen überhaupt dagegen tun? c.) die ökologische Angelegenheit: was passiert mit der biologischen Umwelt? d.) die soziale Struktur beispielsweise des Umfeldes: was für Leute wohnen denn da eigentlich und warum werden AKWs in genz bestimmte soziale Räume gesetzt und nicht in andere?

Und dieses alles sollte in einem Projekt das immer so zwei oder drei Semester umfassen sollte, thematisiert werden. Und das Ergebnis eines solchen Projektstudiums, also eines Studiums, das überwiegend aus solchen Projekten bestehen sollte, sollte dann ein Wissenschaftler sein, der sowohl über die Waffe der Kritik verfügt als auch über das technisch-methodische Rüstzeug, das die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen heutzutage nun einmal verlangen. Man kann ja schlecht Physik kritisieren, ohne zu wissen, wie man Differentialgleichungen löst.

Dies wurde auch ernsthaft versucht. Andere Universitäten folgten dem. In dem Kontext entstandt dann auch in einer praktischen Verlängerung des Projektgedankens ein neues Konzept von Sozialwissenschaft, die sogenannte Praxisforschung oder Handlungsforschung.

In den Projekten kam natürlich die naheliegende Überlegung auf: Es nutzt den Betroffenen wahrscheinlich nur mittelbar etwas, wenn wir ihre Situation hinreichend schön analysieren. Im Grunde müssen wir jetzt auch noch hingehen und sagen, was sie tun sollen. Und um hier Theorie und Praxis, in diesem Fall politische Praxis, möglichst eng beieinander zu halten, wurde ein Konzept von praxisorientierter Sozialforschung entwickelt. Die beinhaltende genau das: Daß eben Forschung dazu eingesetzt werden sollte, in konkreten Problembereichen die Situation von Betroffenen mit den Betroffenen gemeinsam zu erforschen, kritisch zu rekonstruieren, und auf der Basis dieser Rekonstruktion dann Handlungsperspektiven für die Betroffenen mit den beteiligten Wissenschaftlern zu entwerfen und auch zu realisieren.
(...)

DAS SCHEITERN DER REFORMUNIVERSITÄTEN

Nun war das Ganze nach wie vor mit dem Problem belastet, daß eine Hochschule per se nuneinmal kein Machtzentrum ist. Und daß die realen Verhältnisse in der Gesellschaft nuneinmal nich auf der Ebene des Geistes angesiedelt sind.
(...)
Die progressiven Hochschulen wurden gezwungen, ihre Reformpositionen sukzesive zurückzuschrauben. So wurden beispielsweise die Bremer durch ein Verfassungsgerichtsurteil gezwungen, die paritätische Mitbestimmung in den akademischen Gremien aufzuheben. Zugunsten einer juristisch festgeschriebenen Mehrheit der Professoren. Das gilt für die Darmstädter Hochschule natürlich genauso; die berühmte 51/51 Formel gilt für alle Hochschulen, ganz egal ob sie progressiv sind oder konservativ oder schlicht gar nichts. Also 51% der Sitze müssen den Professoren verbehalten sein und eine Entscheidung ist unr gültig, wenn 51% der Professoren zugestimmt haben. Die 51/51 Klausel ist unter anderem als Reaktion auf die Neugründungen mit ihrem paritätischen Mitbestimmungsmodell vom Verfassungsgericht erfunden worden.
Die inhaltlichen Fortschritte, die sich in den Reformhochschulen nun doch zum Teil schon etabliert hatten, und die eigentlich wesentlich dem entsprachen, was die studentische APO in ihren positiven, wissenschaftskritischen Vorstellungen konzipiert hat, wurden zum großen Teil nicht durch juristischen Druck, aber durch faktischen Druck der sozialen Umwelt zurückgenommen. Man verweigerte beispielsweise denen, die aus Bremen kamen, schlicht die Karrieremöglichkeiten. Also, daß man Nachwuchswissenschaftler aus Bremen nirgendwo sonst einstellte, man erklärte sie schlicht für nur halbe Wissenschaftler oder gar keine Wissenschaftler. Man zwang die Bremer praktisch, um den Studenten das Wechseln an eine andere Hochschule zu ermöglichen, ihre Studienordnung weitgehend an die der traditionellen Hochschulen, also etwa an die in Darmstadt, anzupassen.

MODERNISIERUNG DER HOCHSCHULEN

Das Ergebnis am Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre war, daß die neuen Universitäten gezwungen wurden, ob sie wollten oder nicht, sich einer ganz bestimmten Normalität des Hochschul-oder Wissenschaftswesens anzugleichen, ihre Forschung an dem auszurichten, was als Forschungsstandart und an Forschungsthemen als verbindlich galt.

Kurz, die wurden in einem sehr traurigen Sinne des Wortes "normal". Jedenfalls weitgehend. Ich habe das mit einem sehr theoretischen Begriff, frei nach Nikolaus Niemann, dem bekannten Biedefelder Systemtheoretiker, als "systemische Universität" charakterisiert, als eine Universität, in der es nach bestimmten Systemregeln zugeht, unabhängig von dem, was die betroffenen Subjekte, Studenten, kritische Hochschullehrer (die es ja durchaus noch gibt) und andere soziale Gruppen sich dabei denken. Auf den ersten Blick also, und wenn man das ganze à allons betrachtet, ist also das Ganze gescheitert. Gescheitert nicht in dem Sinne, daß die jetzt in den Zuständen leben, die wir vor '67 erfahren haben.

In dem Sinne ist es nicht gescheitert, sondern es ist etwas ganz anderes rausgekommen. Im Nachhinein kann man wohl sagen, daß die studentische APO der wohl folgenreichste Schub in diesem Jahrhundert gewesen ist, die Hochschule zu einer schlichten Modernisierung zu bringen. Modernisierung nicht unbedingt in einem progressiven Sinne des Wortes, sondern in einem politischen. Eine Angleichung der Universitäten an die gesellschaftlichen Strukturen, die mittlerweile durch Faschismus und Restauration

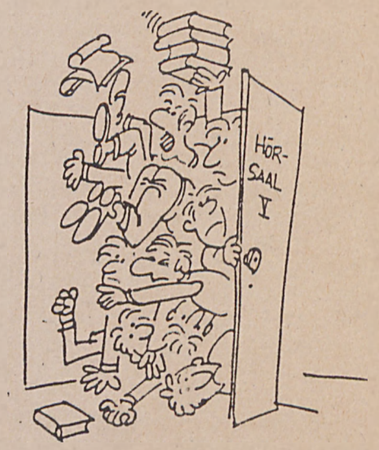
und zaghafte Anfänge einer bürgerlichen Demokratie in der Bundesrepublik mitderweile erreicht war. Die Hochschulen waren dem gegenüber, das kann man im Nachherein sagen, deutlich rückständig, sie waren "ungleichzeitig" in einem ausschließlich negativen Sinne. Und diese "Ungleichzeitigkeit" wurde durch die studentische APO in der Tat beseitigt. Das Ergebnis am Ende der 70er Jahre war eben nicht die traditionelle Ordinarienuniversität, mit ihren zum Teil noch feudalistischen Strukturen, sondern es war eine moderne, dienstleistungsorientierte Universität, die sich an den Drittmitteln orientiert, die sich daran orientiert, gesellschaftlich nützlich zu sein, aber gesellschaftlich nützlich in dem Sinne, daß sie darüber Mittel kriegen kann, also für die Industrie ein interessanter Kommunikationspartner ist. Und die sich darüber freut, zum Teil kann ich das sogar gut verstehen, wenn ganze Fachbereiche und Professuren von der Industrie gestiftet und finanziert werden. In Zeiten der Finanzmisere kann sich jeder ordentliche Hochschullehrer nur darüber freuen.
In diesem Sinne hat sich die Hochschule von einem feudalen Rest der Gesellschaft zu einem vergleichsweise modernen, dienstleistungsorientierten Institution entwickelt.

In diesem Sinne hat die APO in der Tat Folgen gehabt. Denn das wäre nicht so schnell und nicht so radikal gegangen, ohne diese Verunsicherung, die durch die studentische APO bewirkt wurde.

FOLGEN IM SINNE DER STUDENTENBEWEGUNG

Und jetzt könnte ich das Referat abbrechen und sagen, das wars, jetzt hat man mal wieder gesehen, was mir auch mal ein technokratischer Bildungsplaner, ein Wissenschaftsplaner, ein ehemaliger Wissenschaftssenator der freien und Hansestadt Hamburg ganz offen gesagt hat, was die Funktion von kritischen Linken wäre, nämlich zweierlei: erstens: Sie melden den Leuten, die die Zustände möglichst bewahren wollen, durch ihr lautes Geschrei frühzeitig an, wo gesellschaftliche Problemlagen sind, sie dienen also gewissermaßen als Feuermelder. Da,sagte er mir, es war Hans-Jörg Sinn, ein technischer Chemiker, ist die Linke im allgemeinen viel sensibler als die Rechten, die kriegen soetwas immer viel eher mit. Deswegen hat er auch mindestens einen Referenten um sich, der aus der APO kommt. Und zum Zweiten sind sie auch dazu da, durch die Radikalität ihrer Forderungen, ihrer Kritik, die in ihrer Dummheit verharrenden, trägen "normalen" Menschen, normalen Professoren in diesem Fall, so zu erschrecken, daß diese dann freiwillig auf die Modernisierungsforderungen der technisch orientierten Umwelt eingehen. Ich will eigentlich nicht von Texhnokraten reden, ich glaube die gibt es auch gar nicht - und wenn, dann nur als Dummköpfe, sondern von den Leuten, die die Interessen einer an Effizienz orientierten Umwelt gegenüber der Hochschule vertreten. Deswegen drücke ich das so kompliziert aus. Und dafür sind die Linken besonders gut. Und genau das hat die APO ja auch bewirkt. Und vielleicht könnte man das

auch zu einem universalen Gesetz der Geschichte machen. Karl Marx hätte sich vermutlich darüber gar nicht gewundert, denn daß ausgerechnet Studenten die Gesellschaft verändern sollen, wenn es denn offenbar auch 100 Jahre nach seinem Tod noch nicht einmal die Arbeiterklasse geschafft hat, da hätte er wahrscheinlich nur höhnisch lachen können.



Nichtsdestoweniger, um auch etwas Morgenlicht zu bringen, ist auch hier die APO nicht folgenlos geblieben. Ich will auf einige Merkmale hinweisen, die ihnen (das hoffe ich inständig) schon mit einer gewissen Selbstverständlichkeit vertraut sind. Ich komme wie gesagt von der Universität-Gesamthochschule Essen, die diesen Traditionalisierungsdruck, diesen Anpassungsdruck genauso

durchgeführt hat, wie die anderen Hochschulen, wahrscheinlich noch stärker, weil wir durch das große Klinikum eine besonders große Masse an konservativen Hochschullehrern haben. Trotzdem, da gibt es eine Universitätszeitung, die vom Rektorrat herausgegeben wird, das Rektorat entspricht der konsernativen Grundstruktur unseres Lehrkörpers, und in dieser Universitätszeitung las ich letzte Woche als völlige Selbstverständlichkeit ein Bericht über ein Forschungsprojekt, das war von der Hochschule offenbar hoch anerkannt und legitimiert, also eins, mit dem sie offenbar auch Ehre einzubringen hofft. Es geht darum, daß drei junge Leute, Biologe, Chemiker und Geograph unter dem schönen Titel "Tschernobyl belastet uns weiter" ein groß angelegtes Meßprojekt seit einigen Jahren durchführen, von der Universität Essen aus, das so vom süddeutschen Raum bis ins Ruhrgebiet hinein von bestimmten Punkten mit unterschiedlichen Meßmethoden die radioaktive Belastung im Boden und in bestimmten Pflanzen und so weiter analysiert, um dann zu überprüfen, inwie weit die aktuelle Gefährdung abgeklungen ist, bzw. um auch im Gegenzug zu beweisen, wo entgegen den offiziellen Meßstationen durchaus noch Gefahr besteht, bestimmte Pflanzen oder bestimmte Tiere zu essen. Das ist jetzt keine grüne Veranstaltung der Öko-Instituts in Freiburg oder eine Aktion des AStA, sondern es ist ein ganz stinknormales Forschungsprojekt des Fachbereichs Chemie an unserer, wie gesagt, durchgängig konservativ strukturierten Hochschule. Und dieses wäre vor 20 Jahren völlig undenkbar gewesen. Daß Chemiker, und zwar Leute, die wissenschaftliche Karriere machen wollen, es für völlig selbstverständ-

lich halten solche Forschungsprojekte durchzuführen. Und der Fachbereich hält auch für völlig selbstverständlich. Er lässt es soger in der Universitätszeitung abdrucken, zum höheren Ruhm des Fachbereichs. Das wäre vor 20 Jahren völlig unmöglich gewesen: Wessenschaft, die sich auf so konkrete Probleme einlässt, die Forschungsprojekte ausdrücklich deswegen aufnimmt, weil es praktische Problemlagen von ganzen Bevölkerungsgruppen gibt und die sich auch ausdrücklich damit legitimiert, daß sie solche Forschungen macht und dann zum Teil noch durch außeruniversitäre Drittmittel finanziert kriegt. Da hat sich was geändert. Und nach unseren Kriterien auch zum Positiven. Denn die Selbstverständlichkeit der Thematisierung der Tschernobyl-Folgen, daß es so völlig selbstverständlich geworden ist, ist für mich mindestens ein Beweis, daß sich etwas an den Hochschulen in dem Sinne geändert hat: Es ist zumindest möglich, im Rahmen der offiziellen, der organisierten Wissenschart Themen aufzugreifen, die vor 20 Jahren noch Gegenstand wissenschaftskritischer Analysen und Programme waren.
Als zweites Beispiel: Ich leite in Essen ein Institut, daß mal gegründet wurde, in der Hoffenung, man könnte soetwas wie Projektstudium machen, das sogenannte "Hochschuldidaktische Zentrum". In Darmstadt sollte es auch mal so etwas geben. Und ein alter Freund von mir aus Darmstädter Tagen, Michael Deneke ist hier auch noch tätig. Dieses Institut hatte es sich unter anderen zur Aufgabe gemacht, ganz bestimmte, sagen wir mal kritische Wissenschaftsth men zu fördern und zu pflegen und an der Hochschule gegen die Angriffe der konservativen Professorenmehrheit abzuschirmen. Unter anderen kam dann auch die Thematisierung von Frauenforschung und Frauenstudium auf. Ein Thema, mit dem damals, als es in Essen losging, Ende der 70er Jahre, die Frauen, überall nur auf höhnische bis feindselige Ablehnung in den jeweiligen Fachbereichsräten und im Akademischen Senat stießen. Als sie sich dann an mich wandten, mit der Bitte, daß unser Institut ihnen dabei helfen würde (was wir auch taten), trug ich das Problem der Frauen im Akademischen Senat vor und erntete entsprechende Reaktionen wie die Frauen. (...)

Mitderweile, acht Jahre später, wird in den Forschungsberichten der Universität und den Selbstdarstellungen der Hochschule offiziell darauf verwiesen, daß es nun auch so etwas wie einen Forschungsbereich (oder sagen wir vorsichtig: Forschungsthemen im Kontext) Frauenforschung gibt, und daß es schon soetwas wie etablierte, nicht Studiengänge aber ganze Programme von Frauenstudien aus den unterschiedlichen Disziplinen gibt. Überwiegend natürlich aus den

Sozialwissenschaften aber auch schon Angebote aus den Naturwissenschaften und dem medizinischen Bereich. Und das ist jetzt etwas, was von der Hochschule nich nur zähneknirschend geduldet wird (vor acht Jahren duldete sie es zähneknirschend, weil sich nicht wußten, wie sie eine totale Ablehnung gegenüber dem Wissenschaftsministerium in Düsseldorf begründen sollte), sondern jetzt wird es offiziell anerkannt und gefördert. Die aktiven Frauen, die das immer noch unter der Ägide unseres Instituts betreiben kriegen ausdrücklich für diese Tätigkeiten vom Senat udn vom Rektorat regelmäßig Gelder für Hilfskräfte, Publikationen und ähnliches. Für Lehraufträge selbstverständlich auch.
Hier ist also etwas zu einer positiven Normalität geworden, was ebenfalls Gegenstand von Wissenschaftskritik geworden ist, Betroffenheitswissenschaft, wenn sie so wollen, was von Seiten der offiziellen Universität und Wissenschaftsinstitutionen bestenfalls mit Gelächter, schlimmstenfalls mit offener Anfeindung und Diffamierungen konterkariert wurde.

Ich könnte die Beispiele vermehren. Ähnlich rühmt sich die Hochschule Essen jetzt eines Instituts, das sie zusammen mit der Stadt gegründet hat, wo stadtteilbezogene Sozialarbeit zum Bestandteil der sozialwissenschaftlichen Ausbildung gemacht wird. Und zwar ganz in der Tradition der von mir erwähnter Handlungsforschung. Daß es zum Ausbildungsprogramm der Studierenden gehört (der Sozialarbeiter aber auch der Soziologen und Politologen und Pädagogen), daß sie in diesem Institut arbeiten und in ganz konkreten, praktischen Stadtteilprojekten tätig sind. Sie müssen es nicht, die Studienordnung ist da hinreichend weit, daß die Studenten, die das nicht wollen auch nicht müssen. Aber sie können es und ein großer Teil der Studenten nimmt das auch mit großen Engagement wahr.
(...)

FAZIT

Das Fazit, das ich ihnen aus diesen Stichworten vermitteln will: Es ist offensichtlich zumindest möglich, punktuell kritische Themen auch zum Bestandteil von Hochschulrealität zu machen. Wissenschaftskritik also in einem sehr praktischen Sinn des Wortes positiv zu wenden. Es ist also nicht nur so, daß die Hochschule sich den Modernisierungsschub hat gefallen lassen. So eindimensional verläuft die Geschichte nicht. Sondern die Entwicklung scheint tatsächlich, wenn diese Beobachtungen von mir nicht nur zufällige und nur randständige Phänomene sind, sich eher dialektisch vollzogen zu haben. Nämlich dialektisch in dem Sinne, daß natürlich der wesentliche Entwicklungsschub der der Systemmodernisierung gewesen ist, daß aber gleichzeitig, gewissermaßen in faktischer Widersprüchlichkeit zu dieser Systementwicklung, Aspekte einer sehr praktisch gewordenen Wissenschaftskritik ebenfalls zu einem Bestandteil dieser neueren Universitat geworden sind. Ich will das jetzt nicht hochjubeln.
(...)

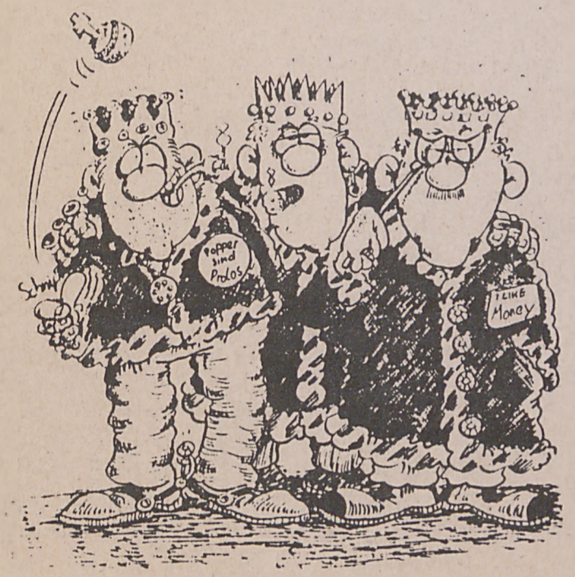
Abschließend noch zwei Bemerkungen:
Nämlich einmal, was kann Wissenschaftskritik heute noch Bedeuten?
Ich würde sagen, besimmt nich das, was sie für uns (ANM.: Die studentische APO) bedeutet hat. Wenn sie jetzt meinen, jetzt müßten sie alle nach Hause gehen und wie die Aktivisten von Anno Dunnemals die Theorie pauken, dann wußte ich nicht einmal, was ich ihnen empfehlen sollte. (...)

Zum anderen wüßte ich auch gar nicht, wie sie noch den subjektiven Glauben an die unmittelbaren Zusammenhänge von theoretischer Analyse und politischer Praxis haben können. Natürlich muß man Wissenschaft analysieren, man muß sie auch theoretisch analysieren. Aber heutzutage kann man sehr viel genauer als damals bestimmen, aus welchen Kontexten heraus man Wissenschaft analysieren muß.
Und dann muß man sich überlegen, warum solche Themen an der Hochschule vergleichsweise randständig geworden sind (Solche Fragestellungen, wie ich sie ihnen heute aus der historischen Perspektive rekonstruiert habe). Es ist ja nach meinen Erfahrungen nicht so, daß die heutige Studentengeneration oder Wissenschaftlergeneration unpolitischer oder unsensibeler wäre - im Gegenteil. Nur woanders. Wenn ich mich mal auf die

Straßen unserer Republik begebe (zu Ostern oder an anderen schönen Festtagen), dann sehe ich immer massenhaft von den Leuten, die ich sonst in meinen Lehrveranstaltungen sehe. Die sehe ich nicht unbedingt bei Veranstaltungen des AStA. Aber bei einschlägigen Demos, oder wenn man sich nach Rheinhausen begibt, da sehe ich sehr viele von den Studenten auch wieder. Politische Problemlagen von außerhalb der Hochschule sind es also, die die Hochschulangehörigen bewegen und die sie auch zum Engagement bewegen. Mich eingeschlossen. Und demzufolge ist die Frage, warum Wissenschaftskritik ein vergleichsweise rückständiges Thema geworden ist, erstmal schlicht damit zu beantworten, alle Erfahrungen haben ja eigentlich gezeigt, daß die eigentlich relevanten Handlungsfelder außerhalb der Hochschule liegen. Bei aller ungeheuren Wichtigkeit der Universität und der Wissenschaft.
(...)

Daß man aber Wissenschaftskritik nicht aufgeben darf, sondern praktisch wenden muß, daß zeigt für mich die Tatsache, daß wir hier zusammensitzen und die überlegung, die ich ihnen mit den kleinen Beobachtungen verdeutlichen wollte: Daß sich ja durchaus etwas verändert hat. Es hat sich nicht von allein geändert. Und es bleibt nicht von allein erhalten.
(...)

Die neue Jugendbewegung aus Monte Carlo:
Die Prunks



Katastrophische Normalität

Der amerikanische Sozialwissenschaftler Charles Perrow setzt bereits mit der Wahl seines Buchtitels: „Normale Katastrophen — Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik" einen neuen Akzent. Bislang nämlich überwiegt in der sozialwissenschaftlichen Sicht auf die Zerstörungspotentiale der „Risikobegriff", den der bundesrepublikanische Sozialwissenschaftler U. Beck (1) gar auf die Gesellschaft ausdehnte, so daß es zur Mode geworden ist, von der Risikogesellschaft zu sprechen. Die Rede von der Risikogesellschaft hat aber ihre ideologische Wurzel darin, daß in ihr die Unterstellung mitschwingt, daß Risiken begrenzbar, erkennbar und vor allem steuerbar seien. Einen grundsätzlich anderen Befund legt Perrows Analyse der Welt hochriskanter Technologien nahe, die so unterschiedliche Bereiche zum Thema hat wie Kernkraftwerke, petrochemische Anlagen, Flugzeuge und Luftverkehr, Schiffsunfälle, aber auch irdische Systeme wie Staudämme, Bergwerke, Erdbeben und schließlich Atomwaffensystem und Genforschung.

In gängigen ingenieurwissenschaftlichen Studien wird das technische System in Abstimmung und Relation zu einem Operateur erfaßt, und bei sogenannten Fehlfunktionen, Instabilitäten des risikobehafteten Systems wird in der Fehlersuche nach den Ursachenkomplexen technisches bzw. menschliches Versagen unterschieden. Perrows Untersuchung der Merkmale technischer Systeme, die den Grad ihrer Anfälligkeit für katastrophales Versagen bestimmen, läßt jene Kausalunterscheidung von menschlichem und technischem Versagen fragwürdig werden: So wird bereits in Perrows Analyse von Atomkraftwerken deutlich, daß sie allein schon durch die Komplexität der integrierten technischen Einzelsysteme (Systemkomponenten) mit einem authentischen Risikopotential behaftet sind, daß selbst noch so ausgetüftelte und technisch optimierte Sicherheitsvorkehrungen nicht verhindern können, daß unvorhersehbare Katastrophenpotentiale allein dadurch entstehen, daß der Funktionsausfall eines der unzähligen Einzelsysteme die Steuerbarkeit des Gesamtsystems „stören" könnte. Das Gefahren-Katastrophen-(Risiko?)-Potential liegt demnach bereits in der *Systemkomplexität* begründet, und je komplexer ein System, desto häufiger kommt es zu notwendig „unvorhersehbaren" Störungen.

Perrow unterscheidet in der Katastrophenanfälligkeit großer Systemkomplexe nach *Art* und *innerer Vernetzung* der Systeme. Je starrer zum Beispiel Systemkomponenten (zeitlich, räumlich oder funktionell) miteinander verkoppelt sind, desto größer ist die Möglichkeit, daß der Funktionsausfall einer Einzelkomponente (das gestörte Systemteil kann nicht abgeschaltet werden oder ist hochexplosiv und in räumlicher Nähe zu anderen Systemkomponenten) jeden gutwilligen Operateur hilflos macht. Zeichnen sich Systeme durch hohe Komplexität und starre Kopplung ihrer Komponenten aus, sind — so Perrow — Katastrophen (trotz Sicherheitsvorkehrungen) normal.

Ein weiteres Katastrophenmerkmal ist die materielle Katastrophenträchtigkeit — wie dies die Auswirkungen der sogenannten Kernschmelze eines Atomreaktors, die unbeabsichtigte Auslösung eines Atomkriegs oder die Verbreitung eines nicht mehr rückholbaren genetisch veränderten Organismus auf unvorstellbare Weise androhen. In den unterschiedlichen Beispielen von Systemversagen wird immer wieder deutlich, daß nicht eine Ursache und schon gar nicht die Aufteilung in menschliche Ursache (Versagen des Operateurs) oder technisches Versagen das Problem darstellt, sondern daß in der Zusammenschau von Systemkomplexität, Katastrophenträchtigkeit und dem unvorhersehbaren Zusammentreffen von mehreren Ursachenkomplexen die grundsätzlichen Grenzen kognitiver Fähigkeiten aufscheinen. Perrow versucht eine Problematisierung dieser Grenzen in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Rationalitätsbegriff.

Mittels des Rationalitätsbegriffs wird eine nach Zweck-Mittel-Relation lückenlos beherrschbare, rational kontrollierte Welt unterstellt. Mit einer Unzahl von Mittel-Zweck-Relationen versucht man auf ungewollte Nebenwirkungen mangelhafter oder nicht koordinierter Einzelsysteme zu reagieren; je mehr partikulare Rationalität in unsere Weltordnung eingeführt wird, um so mehr steigert sich die Irrationalität des Gesamtsystems. (2) Ein Aspekt freilich, den Perrow nicht gerade zum Gegenstand seiner Analyse macht, denn die Normalität der Katastrophe zeigt sich gegenwärtig nicht nur in den spektakulären Großunfällen, den GAUs. Die Zeichen der zur Normalität gewordenen Katastrophe sind Sterben der Wälder, Sterben der Rand- und Binnenmeere, Absterben ganzer Organismusgruppen. Diese Zeichen repräsentieren eine Geschichte gewollter Verdrängungen, zu der sich bisher noch keine Sozialwissenschaftlerin geäußert hat. Das Nicht-Wissen von unvorhersehbaren Nebenfolgen wird täglich bewußt und aktiv in Kauf genommen. In der politischen Praxis behilft man sich mit sogenannten Grenzwerten, mit denen man einen gefahrlosen Einsatz unterschiedlichster Technologien suggeriert und vorgibt, bis zu einer bestimmten Grenze seien diese oder jene Nebenwirkungen ungefährlich. Nur, im streng naturwissenschaftlichen Sinne geben jene Werte die Grenzen zwischen wissenschaftlichem Wissen und Nicht-Wissen an. Das billigende Inkaufnehmen von Nicht-Wissen droht in seiner normalen Alltäglichkeit jedoch Katastrophenpotentiale zu erzeugen, die wir noch gar nicht kennen.

Die ernsthafte Diskussion um den Rationalitätsbegriff steht insofern noch aus. Einen ersten Versuch hierzu startete die Forschungsgruppe Soziale Ökologie (3) in Frankfurt, in dem sie die synchrone Verkopplung von Normalität und Katastrophe zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machte.

Thomas Kluge

(1) Ulrich Beck, Risikogesellschaft. edition suhrkamp 1987. 392 S., DM 20.—

(2) Vgl. hierzu Georg Picht (Hrsg.), Technik und Utopie; in: ders., Hier und Jetzt. Philosophieren nach Auschwitz und Hiroshima, Bd. II, Klett-Cotta 1981, 511 S., DM 72

(3) Egon Becker/Thomas Jahn: Soziale Ökologie als Krisenwissenschaft. AP 1 der Forschungsgruppe Soziale Ökologie. Frankfurt 1987. Zu beziehen über: Forschungsgruppe Soziale Ökologie, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt, 77 S. DM 15.—

Charles Perrow, Normale Katastrophen. Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik. Campus 1987, 434 S., DM 48.—

"Erstabdruck in LISTEN, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, im Abo 20 DM"

Entwicklung der Universitäten Wilhelm von Humboldt

Die modernen Universitäten berufen sich gerne auf Wilhelm von Humboldt. Wenn dieser Name fällt denkt jeder wohl zuerst an das Humanistische Gymnasium und die Humboldt-Universität in Berlin. Das bürgerliche Bildungsideal des sich selbst als Kunstwerk gestaltenden Individuums, das schließlich in selbstgenügsamer Vollkommenheit um sich kreist, taucht in den Köpfen auf.

Wenn man sich ein wenig mit Humboldt beschäftigt, merkt man jedoch, daß dieses Bild ihm nicht gerecht wird. Tatsache ist, daß er um 1810 Leiter der 'Section für Cultus und öffentlichen Unterricht' im preußischen Innenministerium war und in dieser Funktion eine Reform des Bildungswesens einleitete und die Berliner Universität gründete.

Die Bildungsreform muß im Rahmen einer allgemeinen – allerdings nicht konsequent durchgeführten – politischen Reform gesehen werden. im Krieg gegen Napoleon wurde deutlich, daß die hierarchische Organisation des Staates nicht mehr tragbar war. Die kleinen Leute, die nur geknechtet wurden und keinerlei Rechte hatten, sahen nicht ein, warum sie sich für diesen Staat auch noch einsetzen sollten. Eine politische Reform sollte den Untertanen mehr Mitspracherechte und Verantwortung gewähren, so daß sie sich mit 'ihrem' Staat identifizieren konnten. Die Leibeigenschaft wurde abgeschafft und den Gemeindeparlamenten mehr Kompetenz zugeordnet. Zu dieser politischen Reform gehörte als notwendige Bestandteil eine Bildungsreform: die Menschen mußten mehr als die notwendigsten Techniken beherrschen, um fähig zu sein, über eigene Belange zu entscheiden. Eine begrenzte 'Mündigkeit' war notwendig.

In dieser Situation wurde Wilhelm v. Humboldt als Leiter der zuständigen Section berufen, er sollte diese Bildungsreform durchführen. Seine Reform, ausgehend von einer aufklärerischen Bildungstheorie, ging weit über die oben beschriebenen Bedürfnisse hinaus. Sie stellten in ihrer Konsequenz den damaligen Staat in Frage und wurden deshalb auch nur in Ansätzen und verfälscht realisiert.

Als Humboldt seinen Posten übernahm gab es in dem nicht besetzten Teil Preußens nur noch zwei Universitäten: Königsberg und Frankfurt/Oder. Die Universität in Breslau wurde vom Niveau her als ein besseres Gymnasium betrachtet. Die damaligen Universitäten muß man sich etwas anders vorstellen als die heutigen: "Sein (des Professors, d. Verf.) Vortrag misfiel mir gänzlich. Ein singender, immer abgeschnittener, ganz aufs Nachschreiben eingerichteter Ton, platte professorenmäßige Scherze ...,Citate ohne aufzuhören nach Seite und Paragraph in so ungeheurer Menge, dass kein Student weder Geld genug haben kann, sich alle Bücher anzuschaffen, noch Zeit genug sie zu lesen, endlich durchgehends ein eitler affektirter Ton. Die Studenten, auf die ich genau während des Kollegiums achtgab betrugen sich gesitteter als gewöhnlich die Frankfurterischen, sie behielten wenigstens nicht die Hüte auf und schienen auch übrigens gesitteter. Sonst sprachen sie sehr laut, lachten, warfen sich Komödienzettel zu und trieben Possen von aller Art. Auch war ein großer Hund im Kollegium, der sich nach Belieben wälzte, kratzte und Töne aller Art von sich gab." [1] Dieser Bericht von einer Vorlesung an der Marburger Universität muß als typisch angesehen werden. Unfähige Professoren, deren eigener Beitrag aus Randbemerkungen zu dem Vorgetragenem bestand, lasen aus veralteten Werken vor. Der Lehrstoff war traditionsgebunden und verstaubt und entbehrte jeder gesellschaftlichen Relevanz. Dadurch konnte natürlich kein Interesse bei den Studenten geweckt werden, diese reagierten mit Disziplinlosigkeit und dem 'berühmten' Studentenleben darauf. Ende des 18. Jahrhunderts wurde daher allgemein über eine Reformation des Universitätswesens diskutiert. Die Änderungsvorschläge reichten von kleinen Schönheitskorrekturen bis zur vollständigen Abschaffung der Universitäten.

Um Humboldts Konzeption von Universität zu verstehen, muß man neben den historischen und politischen Gegebenheiten einige Aspekte seine Bildungstheorie kennen. Er geht grundsätzlich von der Gleichheit der Menschen aus. "Die letzte Aufgabe unseres Daseyns: dem Begriff der Menschheit in unserer Person, sowohl während der Zeit unseres Lebens, als auch noch darüber hinaus, durch die Spuren lebendigen Wirkens, die wir zurücklassen, einen so großen inhalt, als möglich, zu verschaffen,..." [2] Jeder soll also die Vorstellung von dem, was Menschsein bedeuten kann, durch seine 'Eigentümlichkeit erweitern. Dazu ist es notwendig, alle dazu zu befähigen, d. h. ihnen die Möglichkeit geben, ihre An-

[1] W. v. Humboldt, zitiert von Clemenz Menze, Die Bildungsreform Wilhelm von Hmboldts, 1975, Hannover, S. 280

[2] W. v. Humboldt, Theorie der Bildung des Menschen, gesammelte Werke in fünf Bänden, Bd. I, S. 235, Darmstadt 1960

lagen zu entfalten. Bildung ist so nicht nur ein Aneignen von Fähigkeiten oder Sammeln von Erkenntnissen, sondern auch eine Auseinandersetzung mit der 'Welt', die auf den Verstand, die Einbildungskraft und die Anschauung der Sinne [3] zurückwirkt und diese entwickelt.

Zu dieser Auseinandersetzung bildet jedes Fach einen Ausgangspunkt. Wissenschaft in seinem Sinne ist nur ein Fach, das seine Ergebnisse als Beitrag zur Erkenntnis von Welt und der Entwicklung des Menschen betrachtet und dieses reflektiert, das somit einen solchen Ausgangspunkt darstellt. Fachwissenschaft ist also nur insofern Wissenschaft, als sie auch Philosophie ist.

In seiner Schulreform versucht Humboldt einen organisatorischen Rahmen zu schaffen, der seinen Bildungstheoretischen Zielen gerecht wird. Er will eine einheitliche Schule für alle schaffen, die allen bis zu einem gewissen Grad ermöglichen soll, sich in seinem Verständnis zu bilden, und alle befähigen soll sich selbständig weiterzubilden, egal welchen Beruf sie anschließend wählen. Diese Schule soll 'allgemein' sein, d. h. der Entwicklung des Menschen dienen und nicht nur für das weitere Leben Einzelwissen vermitteln.

Auch Humboldt wußte, daß das Individuum nicht unabhängig von der Gesellschaft leben und forschen kann. Er schrieb zum Beispiel, daß ein Werk über die Geschichte der Wissenschaft die Personen, die zu einer Wissenschaft beigetragen haben, "in ihrer vollständigen Individualität, und dem ganzen Einflusse zeichen [müßte], den ihr Zeitalter und ihre Nation [4] auf sie ausgeübt hätte. Dadurch übersähe man nicht nur die manigfaltigen Arten, wie jedes Fach bearbeitet werden kann, sondern auch die Folge, in der eine nach und nach aus der anderen entspringt. Da jedoch diese Folge immer wieder durch den Einfluß des Nationalcharakters, des Zeitalters und der äußeren Umstände überhaupt unterbrochen wird, so erhielte man zwei verschiedene aber immer wieder aufeinander einwirkende Reihen: die eine der Veränderung, welche irgend eine Geistestätigkeit nach und nach in ihrem Fortschreiten gewinnt, die andre derjenigen, welche der Charakter der Menschen in einzelnen Nationen und Zeiten sowohl, als im Ganzen durch die Beschäftigung annimmt, die er nach und nach ergreift."[5] In heutigen Worten: der Einzelne wird von der Gesellschaft beeeinflußt und beeinflußt durch seine Tätigkeit wieder die Gesellschaft. Dies gilt natürlich auch für Wissenschaftler. Bildung und Wissenschaft haben nur dann einen Sinn, wenn sie zu einer Entwicklung der Menschheit beitragen.

Damit eine so verstandene Wissenschaft sich entwickeln kann, muß sie (natürlich) von der Obrigkeit unabhängig sein. Das damalige Gesellschaftssystem war der Feudalismus. Der Staat darf nur eingreifen, um durch vorsichtige organisatorische Maßnahmen diese Unabhängigkeit zu gewährleisten. "Er muß sich eben immer bewußt bleiben, dass er nicht eigentlich dies (die Entfaltung der Wissenschaften, d. Verf.) bewirkt, noch bewirken kann, ja, dass er vielmehr immer hinderlich ist, sobald er sich hinein mischt, dass die Sache an sich ohne ihn unendlich besser gehen würde und dass es sich eigentlich nur so damit verhält:

- dass, da es nun einmal in der positiven Gesellschaft äußere Formen und Mittel für jedes irgend ausgebreitete Wirken geben muß, er die Pflicht hat, diese auch für die Bearbeitung der Wissenschaften herbeizuschaffen;

- dass etwa nicht bloss die Art, wie er diese Formen und Mittel beschafft, dem Wesen der Sache schädlich werden kann, sondern der Umstand selbst, dass es überhaupt solche äußeren Formen und Mittel für etwas ganz Fremdes giebt, immer nothwendig nachtheilig einwirkt und das Geistige und Hohe in die materielle und niedere Wirklichkeit herabzieht;

- und dass er daher nur darum vorzüglich wieder das innere Wesen vor Augen haben muss, um gut zu machen, was er selbst, wenngleich ohne seine Schuld, verdirbt oder verhindert hat."[6]

Deshalb sollten der Universität in Berlin Domänegüter zugeteilt weren, aus deren Einnahmen sie sich finanzieren sollte.

Die Schule war, wie oben geschrieben, dazu da, die Menschen soweit zu fördern, dass sie fähig waren, sich selbständig weiterzubilden. Universität war entsprechend nicht als eine Fortführung

[3] Das sind bei Humboldt die drei grundlegenden Kräfte des Menschen

[4] Was Humboldt mit 'Nation' bezeichnete würde heute wahrscheinlich 'Gesellschaft genannt, 'Staat' bedeutete ungefähr 'Obrigkeit'.

[5] W. v. Humboldt, a. a. O., S. 239

[6] W. v. Humboldt, Organisation der Wissenschaftlichen Anstalten, a. a. O., Bd. 4, S. 277

der Schule gedacht, sondern die Professoren sollten die Studenten bei deren eigenständigen Forschungen anleiten. "Wenn also der Elementarunterricht (die Grundschule, d. Verf.) den Lehrer erst möglich macht, so wird er durch den Schulunterricht entbehrlich. Darum ist auch der Universitätslehrer nicht mehr Lehrer und der Studierende nicht mehr Lernender, sondern dieser forscht selbst, und der Professor leitet und unterstützt ihn darin." [7] Universitätsunterricht kann demnach nicht geplant oder gar vorgeschrieben werden. Das Ende ist erreicht, wenn der Studierende fähig ist, ohne Anleitung zu forschen. Vorlesungen sind eigentlich mehr für den Vortragenden hilfreich: "Denn der freie mündliche Vortrag vor Zuhörern, unter denen doch immer eine bedeutende Zahl selbst mitddenkender Köpfe ist, feuert denjenigen, der einmal an diese Art des Studiums gewöhnt ist, sicherlich ebenso an, als die einsame Musse des Schriftstellerlebens oder die lose Verbindung einer akademischen Gesellschaft.(...) Das Universitätslehren ist ferner kein so mühevolles Geschäft, dass es als eine Unterbrechung der Musse zum Studium und nicht vielmehr als ein Hilfsmittel zu demselben gelten müsste." [8]

Humboldts Ideen und seine Bildungsreform waren für die damalige Zeit zu revolutionär. Der von ihm geforderte mündige Bürger hätte nicht mehr so leicht berherrscht werden können. Seine Bildungsreform und die politische Reform scheiterten hauptsächlich aus zwei Gründen: Zum einen regte sich, nachdem der durch die Niederlage gegen Napoleon hervorgerufene Schock nachgelassen hatte, das konservative Lager, das ganz und gar nicht an freien, mündigen Bürgern interessiert war. Zum anderen gab es zu wenig Leute in der damaligen Gesellschaft, die in der Lage waren, Humboldts Ideen zu realisieren. Die Lehrer, die in seinem Sinne unterrichten konnten, mußten eigentlich erst ausgebildet werden. Auch wenige Professoren waren in der Lage von der üblichen Art und Weise des Universitätsunterrichts abzuweichen. Die Studenten, die anfingen zu studieren, kamen noch aus den alten Schulen und waren deshalb kaum reif genug, auf freie und selbstbestimmte Weise zu studieren. Um die Reform dennoch gegen die äußeren und inneren Hindernisse durchzusetzen wären nach Humboldts Rücktritt mehr engagierte und fähige Leute notwendig gewesen.

Die Rücknahme der politischen Reform, die auch Humboldts Stellung innerhalb der Regierung betraf, bewog ihn, von seinem Amt zurückzutreten. Dieser Rücktritt kann als empfindliche Reaktion auf persönliche Herabsetzung betrachtet werden. Auf der anderen Seite wurde schon damals deutlich, daß die konservativen Kräfte die Oberhand gewannen und die weitere Arbeit immer mehr zu einem Rückzugsgefecht werden würde. Als neuer Leiter der Section wurde keiner seiner Mitarbeiter eingesetzt, die seine Bildungsreform mit entwickelt hatten und in weiten Bereichen dieselben Ideen vertraten, sondern ein fremder, typisch preußischer Beamter, der seine Aufgabe im Ausführen der von oben kommenden Befehle sah. Ein ehemaliger Mitarbeiter, Süvern, versuchte zwar Humboldts Reformideen weiterzuentwickeln und durchzusetzen, er scheiterte aber dabei.

Was geschah nun mit der Berliner Universität? Anfangs entwickelte sie sich entsprechend Humboldts Vorstellungen. Bekannte und fortschrittliche Professoren konnten berufen werden. Mit der allgemeinen Abkehr von der Reform wurde auch die 'freie Wissenschaft' immer mißtrauischer betrachtet. Besonders ab dem Wartburgfest 1817, auf dem Studenten ein einiges demokratisches Deutschland forderten, waren den Herrschenden die Universitäten suspekt. Die damalige für Gesinnungsschnüffelei zuständige Polizei kümmerte sich nun auch um die Professoren, denen bei staatsfeindlichen Äußerungen langwierige Verwaltungsverfahren bevorstanden. Die Universität soll nun nicht mehr die Bildung und die freie Entfaltung der Wissenschaften fördern, sondern brave geistliche und weltliche Staatsdiener ausbilden. Ausgenommen von diesem Verwertungsanspruch war die Philosophie, die als geistiger Leckerbissen ohne konkrete Beziehung zur Realität gefahrlos war. Der Anspruch der Universitäten, 'wahre' Bildung zu vermitteln und 'freie' Wissenschaft zu betreiben, wurde trotz dieser Änderungen aufrechterhalten. Er ist damit zu Ideologie geworden, die im Wiederspruch zu dem eigentlichen Zustand steht und diesen rosarot verschleiert.

Welche Bedeutungen haben Humboldts Vorstellungen nun heute noch? Unser heutiges Gesellschaftssystem ist keine Monarchie mehr. Herrschaft gründet sich nicht mehr auf Geburt, sondern auf demokratische Wahl und mehr noch auf Geld. (Man braucht nur die Diskussionen um ein

[7] W. v. Humboldt, Königsberger Schulplan, a. a. O., Bd. 4, S. 170

[8] W. v. Humboldt, Organisation der wissenschaftlichen Anstalten, a. a. O., Bd. 4, S. 262

Tempolimit zu betrachten: der Einspruch der Autoindustrie brachte vernünftige Gesetzesvorschläge zu Fall.) Bei den folgenden Überlegungen muß man also die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit berücksichtigen.
Humboldts organisatorischen Vorschläge, die Universität durch eigene Güter finanziell vom preußischen König – d.h. vom damaligen Staat – unabhängig zu machen, sind dadurch überholt. Eine Finanzierung der Universitäten durch Landwirtschaft ist heute nicht mehr möglich. In unsere Zeit übertragen hieße dies, daß der TH-Darmstadt die Farbwerke Höchst gehören müßten. Auch dann wäre nicht gewährleistet, daß unabhängige Wissenschaft möglich wäre: auch ein universitätseigener Betrieb müßte nach marktwirtschaftlichen Kriterien organisiert sein um Konkurrenzfähig zu sein. Sicherlich würde auch versucht werden 'eigene' Forschungsergebnisse zu verwerten. Es bestände die Gefahr, daß aus einer Universität mit Betrieb ein Betrieb mit Universität würde – was einer unabhängigen Forschung sicher nicht gut täte.
Die Forderung, daß der Staat so wenig wie möglich Einfluß auf die Universitäten haben sollte, ist jedoch noch heute aktuell. Nur wird heute der Druck nicht mehr direkt – durch Geheimdienste – ausgeübt, sondern über die 'neutrale' Forschungsförderung. Für die Professoren ist Geld heute Zuckerbrot – falls sie sich darum bemühen – und Peitsche – wenn es bewilligt wurde und weiter gebraucht wird – in einem.
Wirtschaftliche Macht war zu Humboldts Zeiten für die Universitäten keine Bedrohung. Sie wurde in Deutschland erst sehr viel später als in Frankreich und England offenbar. Humboldt hat sie nicht mit einbezogen. Heute ist das anders. 'Know How' ist zu einer Ware geworden, eine gutausgebildete Intelligenz soll sie produzieren; und die Universitäten sollen diese Intelligenz produzieren. Ein Großteil der Forschung in den Natur- und Ingenieurwissenschaften wird mit Hilfe von Geldern aus der Industrie finanziert. Da die Geldgeber natürlich an verwertbaren Ergebnissen interessiert sind, ist es fraglich, ob von 'freier Forschung' in den betroffenen Bereichen überhaupt noch geredet werden kann.
Eine von den gesellschaftlichen Einflüssen unabhängige Universität war weder zu Humboldts Zeit noch heute möglich, Humboldt hat dies auch nie behauptet. Seine Forderung, daß Wissenschaft ihre Wechselwirkung mit der sie bedingenden Gesellschaft reflektieren solle, bleibt gerade in Hinblick auf den Einfluß der Wirtschaft auf die Universitäten aktuell. Nur mit Hilfe dieser Reflektion kann sie freie Wissenschaft im Sinne Humboldts werden.
Humboldts Vorstellungen vom Lehrbetrieb und dem Verhältnis zwischen Professoren und Studenten hören sich heute geradezu utopisch an: Von selbstbestimmtem Lernen kann in vielen Fächern heute keine Rede mehr sein. Prüfungen während des Studiums, Regelstudienzeit und ein verschultes Grundstudium müßten von Humboldts Standpunkt aus wohl als bewußtes Verhindern von Bildung angesehen werden. Forschendes Lernen wird in vielen Studiengängen geradezu verhindert. In Vorlesungen wird häufig ein etablierter Stoff – nach dem Motto 'Alle Jahre wieder' – vorgelesen. Viele Professoren betrachten ihre Leerveranstaltungen nicht als Herausforderung für ihre wissenschaftliche Fähigkeit, sondern als lästige Pflichtübung.
'Bildung' und 'heere Wissenschaft' sind Schlagworte für feierliche Reden geblieben. Die aktuellen Inhalte der Studiengänge orientieren sich – vor allem in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern – an dem, was die Industrie fordert. Oft wird ein Sammelsurium von Fähigkeiten und Kenntnissen vermittelt ohne den immanenten Zusammenhang.
Probleme der Studienfinanzierung tauchen bei Humboldt – soweit ich gelesen habe – nicht auf. Dies liegt sicher daran, daß im Allgemeinen alle, die zur Universität kamen, von zu Hause oder durch Begabtenförderung durch die jeweiligen Landesherren finanziell relativ gut abgesichert waren. Das Problem kommt erst dann auf, wenn Kindern aus ärmeren Schichten der gleichberechtigte Zugang zu den Gymnasien und zur Universität eröffnet wird. Es wäre also aufgetaucht, wenn Humboldts Reform durchgeführt worden wäre.

Es gäbe sicher noch einiges zu diskutieren. Insgesamt läßt sich feststellen, daß seine Idee von Universität – trotz anderslautender Sonntagsreden – nicht realisiert wurde. Die grundlegenden Ansichten zu Wissenschaft und Gesellschaft, Bildung und Studium enthalten jedoch richtige Forderungen, an Hand dener die gegenwärtige Situation in Frage gestellt werden kann. Es gilt an der besseren Idee festzuhalten, um die schlechte Realität fundiert kritisieren und ändern zu können. In dieser Hinsicht – und nicht als buchstabengetreu zu erfüllende Vorgabe – ist Humboldts Konzeption der Universität auch heute noch aktuell.

Yvonne Dittrich

Solarenergie und Wasserstofftechnik

"Die Nutzung von Sonnen- und Windenergie scheitert schon daran, daß die Sonne mal scheint und mal nicht", lautet ein gängiges Argument. In der Tat: Regenerative Energien stehen in der Regel nicht permanant zur Verfügung; man/frau kann die Sonne nicht ein- oder ausschalten wie ein Kohle- oder AtomKraftwerK.
Wie wäre es aber, wenn sich die von Sonnen- und WindKraftwerken gewonnene elektrische Energie effizient speichern ließe, um bei Bedarf genutzt zu werden?
Gute Ergebnisse sind durch die Verwendung von Wasserstoff als Speichermedium erreichbar, der zur Erzeugung von Strom oder Wärme zusammen mit Sauerstoff verbrannt wird. Es ergibt sich damit folgender Kreislauf: Zunächst wird Sonnen/Windenergie in elektrische Energie umgewandelt. Diese Energie wird eingesetzt, um Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen (Elektrolyse). Bei Bedarf werden beide Stoffe wieder zu Wasser verbrannt, wobei je nach Prozeßgestaltung hauptsächlich Strom oder Wärme entsteht.

Dieser Kreislauf war Thema einer Tagung des Battelle-Instituts, die am 10.11.1988 in Frankfurt stattfand und auch von einigen Studenten und Studentinnen der TH Darmstadt besucht wurde. Die Vorträge gaben einen ÜberblicK über den aktuellen Stand der TechniK in den Bereichen
- Sonnenergienutzung durch Solarzellen (PhotovoltaiK)
- Windenergienutzung
- ElektrolysetechniK
- RückgewinnunG der elektrischen Energie durch "Kalte" Verbrennung in Brennstoffzellen

Alle Referenten machten deutlich, daß die zur Zeit noch hohen Kosten ein Haupthindernis für eine breitere Anwendung von Solar-/Windenergie und WasserstofftechniK darstellen (MarktanteilszieL: 15%). Hoffnungen werden gesetzt in die Entwicklung billigerer Materialien und Produktionsverfahren sowie Kostensenkungseffekte infolge Massenproduktion. Ausgangspunkt für Produktionsausweitungen sollen Märkte sein, in denen der Einsatz regenerativer Energiequellen bereits heute rentabel ist, nämlich Kleingeräte (Solarzellen in Taschenrechnern), oder die Energieversorgung von Häusern, die weit vom elektrischen Netz entfernt liegen (Inselnetze): Dort sind die AnschlußKosten oft höher als die Kosten für eine autonome Versorgung mit Hilfe von Solarzellen oder Windenergie-Konvertern (vormals Windmühlen genannt).
In diesem Zusammenhang sind sogenannte "hybride Systeme" von Bedeutung, in denen regenerative und nicht regenerative Energiequellen zusammen mit SpeichereinheiteN kombiniert werden. So wurden auf einer kleinen irischen Insel mit 300 Einwohnern zwei Dieselgeneratoren und zwei Windenergieanlagen installiert; eine Batterie mit geringer Kapazität dient zur ÜberbrückunG kurzer Flauten. Ein erheblicher KostenfaktoR ist hierbei die Abstimmung der einzelnen SystemKomponenten, die durch ein BauKastenprinzip vereinfacht werden soll.

PhotovoltaiK

Zunächst die physikalischen Grundlagen im Telegrammstil:
Ausgenutzt wird der photoelektrische Effekt, dabei werden durch Licht Elektronen aus einem (Halbleiter-) material herausgeschlagen und durch ein elektrisches Feld getrennt. Wie aus der ElektroniK beKannt, entsteht dieses Feld durch Schichtung von Halbleitermaterial (z.B. Si, Ga), in das gezielt verschiedene Fremdatome eingebracht wurden (→ Dotierung). Die getrennten Ladungsträger bilden den für den Verbraucher nutzbaren Strom.
Nun zum Sonnenlicht:
Das Sonnenspektrum besteht aus einem

Gemisch von verschieden Wellenlängen. Die transportierte Energie hängt von der Wellenlänge ab.
Zum Herausschlagen freier Ladungsträger aus dem Halbleitermaterial durch Licht ist eine gewisse Mindestenergie notwendig (→ zur Überwindung der Energielücke zwischen Valenz- und Leitungsband). Wichtig ist, daß nur derjenige Anteil des auffallenden Sonnenlichts in Strom umgewandelt werden kann, der der Mindestenergie entspricht. Ist die Energie des auffallenden Sonnenlichts größer, so wird die überschüssige Energie lediglich in Wärme umgewandelt.
Unterschiedliche Halbleiter haben unterschiedliche Mindestenergien. Große Mindestenergie bedeutet, daß nur ein geringer Teil des Sonnenlichtspektrums absorbiert und damit tatsächlich genutzt werden kann. Bei kleiner Mindestenergie wird zwar ein größerer Teil des Sonnenspektrums genutzt, aber die Wärmeverluste sind auch größer.
Der Wirkungsgrad , definiert als

$$\eta = \frac{\text{nutzbare elektrische Energie}}{\text{auffallendes ungebündeltes Licht}}$$

ist somit theoretisch schon auf ca. 25 % begrenzt. Optimale Mindestenergien findet man bei Si, Cu_2S, GaAs und dem neu entwickelten α-Si:H.

Zellarten

- Einkristalline Zellen (z.B. aus Si)
  Hier ist die Technik am weitesten ausgereift, weil sie ein "Abfallprodukt" aus der Elektronikindustrie darstellen.
  Wirkungsgrade von 20 % wurden im Labor bereits realisiert, in der Praxis liegen die Werte bei 13 %.
  Ein vielversprechendes Material ist GaAs, da kurze Absorptionswege sehr dünne Zellen ermöglichen; Wirkungsgrade von 23,7 % wurden erzielt.
- Dünnschichtzellen
  Ein Ansatzpunkt für Materialeinsparung ergibt sich daraus, daß die Absorptionstiefen im Material nur wenige µm betragen und es somit schon genügen würde, die Schichten aufzudampfen oder chemisch abzuscheiden (einkristalline Zellen haben gewöhnlich Dicken von 200 bis 300 µm.)
  Diese Technik bringt die Vorteile der Einfachheit, der Materialeinsparung und der Verwendung beliebiger Trägersubstanzen.

Man/Frau unterscheidet

- Polykristalline Zellen.
  Sie haben eine unregelmäßige Kristallstruktur, da sie nämlich aus vielen Einzelkristallen zusammengesetzt sind, von denen jeder für sich wieder regelmäßig aufgebaut ist. Zu beachten ist, daß die Korngrenzen den Ladungstransport nicht behindern dürfen. Bei der Rekordzelle $CuInSe_2$ wurde ein Wirkungsgrad von 12,5 % gemessen.
- Amorphe Zellen
  Hier ist die Materialstruktur völlig unregelmäßig, bedingt durch Material und Herstellung (Aufdampfen, Plasmadeposition). Ein wesentlicher Nachteil ist das schnelle Altern (→ Degradation) solcher Zellen. Innerhalb der ersten 1000 Betriebsstunden büßen sie 10 % - 15 % ihres Wirkungsgrades ein und sind dann allerdings stabil (Betriebszeit: 20 - 30 Jahre).
  Eine weitere Schwierigkeit ist schon erfolgreich gemeistert worden: Durch das Herstellungsverfahren nicht abgesättigte Bindungen des Si können (durch den Photoprozeß erzeugte) Elektronen einfangen (Rekombination) und damit die dauerhafte Trennung der Ladungsträger verhindern. Durch Zugabe von Wasserstoff werden diese Bindungen abgesättigt.
  Bisher im Labor gemessener Wirkungsgrad bei α-Si: 11,5 %.

- Tandemzellen
  Tandemzellen bestehen aus hintereinander gestapelten Einzelzellen aus Materialien mit unterschiedlichen Mindestenergien. Die einzelnen Zellen nutzen dann jeweils einen begrenzten Teil des Sonnenspektrums. Solche Zellen haben hohe theoretische Wirkungsgrade. Solche Stapelzellen können nur mit Dünnfilmtechnik hergestellt werden. Hier liegen die Zukunftschancen der Dünnschichtsolarzellen.
  Der Wirkungsgrad von α-Si:H/$CuInSe_2$ liegt bei 14,2 %.
- Konzentrierende Systeme
  Hierbei wird das Sonnenlicht mit Reflektoren und Linsen auf die Solarzelle fokussiert. Man/Frau erhält dadurch zwar höhere Wirkungsgrade (bei 50 bis 100 facher Konzentration steigt η auf 28 %), jedoch stellt zu großes Aufheizen der Zellen hohe Anforderungen an das Material und macht ein Kühlen der Komponenten erforderlich. Daneben muß das System der Sonne nachgeführt werden und diffus eingestreutes Licht kann nicht gebündelt werden.

Windenergie

Der Betrieb von WindenergieKonvertern (WEK) ist erst ab einer Windgeschwindigkeit von 3-4 m/s (gemessen in 10 m Höhe über dem Erdboden) sinnvoll. Diese Bedingung ist nicht nur an der Nord- und Ostseeküste erfüllt (Durchschnitt im Winter: 6-8 m/s), sondern auch in der Norddeutschen Tiefebene und in den höheren Lagen der Mittelgebirge.
Den idealen WEK gibt es nicht. Es gibt nur eine Vielzahl von Bauarten, die sich für unterschiedliche Anwendungen (z.B. Pumpbetrieb, Stromerzeugung) an unterschiedlichen Standorten (→ Windgeschwindigkeit) mehr oder weniger gut eignen.
Gut geeignet für die Stromerzeugung in Gebieten mit hohen Windgeschwindigkeiten sind schnellaufende "horizontalachsige Auftriebskonverter": Ein Flügelrad (meistens 2-3 Flügel) wird parallel zur Achsrichtung vom Wind angeblasen und infolge Auftriebs an den Flügeln in Rotation versetzt. Dabei ist die Umfangsgeschwindigkeit größer als die vierfache Windgeschwindigkeit. Diese "Schnelläufigkeit" bedeutet hohe Drehzahlen, die bewirken, daß eine hohe elektrische Leistung am Generator abgenommen werden kann (→ Induktionsgesetz). Die erreichten Wirkungsgrade liegen bei 44-46% (ohne Generator-Verluste).

Elektrolysetechnik

Zur Speicherung der elektrischen Energie ist der Wasserstoff (neben dem BleiakKumulator) am besten geeignet, und zwar aus folgenden Gründen:
- Die Verluste bei Langzeitspeicherung sind gering.
- Die Möglichkeiten zur Rückumwandlung der gespeicherten Energie sind vielseitig und verlustarm.

Die Herstellung von Wasserstoff erfolgt am einfachsten durch die Zerlegung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff (→ Elektrolyse). Probleme sind hierbei die Steigerung des Wirkungsgrades (z.Zt. 83-90 %) sowie die Entwicklung kleiner und mittlerer Anlagen zu marktfähigen Preisen.
Gegenwärtig wird an der FH Wiesbaden ein kleiner Druckwasserelektrolyseur (20kW, 25 bar) gebaut, der für den Anschluß an einen WEK im Taunus vorgesehen ist.

Rückgewinnung der elektrischen Energie

Erfolgt die Rückumwandlung der im Wasserstoff gespeicherten Energie als "heiße" Verbrennung (von Wasserstoff und Sauerstoff zu Wasser), z.B. in einem Otto- oder Stirling-Motor, so ist der Wirkungsgrad auf 30-40 % begrenzt. Der Grund hierfür liegt in den thermodynamischen Eigenschaften des Prozesses (→ Entropiezuwachs).
Bei der "Kalten" Verbrennung in Brennstoffzellen kann diese Begrenzung des Wirkungsgrades (, die durch den Carnot-Prozeß gegeben ist), überwunden werden, indem die Elektrolysereaktion umgekehrt wird: Nun werden Wasserstoff und Sauerstoff durch chemische Transportvorgänge zwischen zwei Elektroden wieder zu Wasser vereinigt,

→

wobei Strom entsteht. Die Wirkungsgrade betragen mehr als 50 %.
Eine Brennstoffzelle von 1 KW Leistung erfordert bei 0,125 A/cm Stromdichte und 0,75 V Spannung eine Elektrodenfläche von 2 m^2; das Leistungsgewicht beträgt 7 Kg/KW. Es sind daher Versuche im Gange, die Zellen leichter und kompakter zu konstruieren. Es ist auch möglich, mehrere Brennstoffzellen zu großen Aggregaten zusammenzuschalten. Gegenwärtig werden Anlagen mit einer Leistung von 100 KW bis 100 MW entwickelt, wobei die auftretende Abwärme als Prozeßwärme genutzt werden soll.
Der wichigste Kosteneinflußfaktor bei einer Brennstoffzelle sind die Elektroden. Gegenwärtig werden Kleinen Aggregaten (Leistung unter 100 KW) am ehesten Marktchancen eingeräumt.

Kritik:

Uns fiel die geradezu ängstliche Fixiertheit des Kongresses auf technische Fragen auf. Gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse wurden als "Randbedingungen" betrachtet, an die sich die technische Entwicklung anzupassen habe. So überrascht auch nicht, daß alle Referenten ausschließlich eine Senkung der Kosten forderten, um regenerative Energien gegenüber Konventionellen Konkurrenzfähig zu machen. U.E. ist jedoch auch eine kritische Betrachtung der Marktpreise für Konventionell erzeugte Energien notwendig: Denn diese reflektieren nur diejenigen Kosten, die die Elektrizitätsversorgungsunternehmen tragen, nicht aber die, die aus Umweltschäden für die gesamte Gesellschaft resultieren.Daher wäre mindestens eine Korrektur der Preisrelation zwischen regenerativer und Konventioneller Energieerzeugung politisch zu fordern.
Des weiteren sollte beachtet werden, daß auch das Verbraucherverhalten nicht für alle Zeiten feststeht: Es kann ebenso wie das Preisgefüge verändert werden.

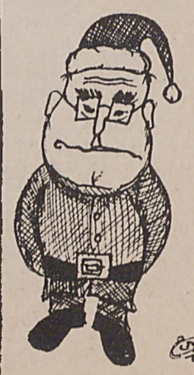
Um ein umfassendes Energiekonzept zu erstellen, ist stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit nötig, als sie im Hinblick auf das Ziel dieses Kongresses (Überblick über den Stand der Technik) geleistet werden konnte. Dennoch wäre es möglich und nötig gewesen, gelegentlich kritisch über den Horizont technischer Fragestellungen hinauszusehen.

Markus Jathe
R. Chakraborty

EUER SEITCHEN !

Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbstsüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen anzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur neue Drangsale bedeuten. Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein. Die Kluft zwischen euch und ihr kann eines Tages so groß werden, daß euer Jubelschrei über irgendeine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei begleitet werden könnte.

Brecht, Leben des Galilei



HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

BEI DER WAHL ZUM »WEIHNACHTSMANN DES JAHRES« BELEGTE DER VERTRETER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND EINEN AUSGESPROCHEN GUTEN PLATZ. DER KAPUZENMANN AUS RHEINLAND-PFALZ LANDETE IM VORDEREN MITTELFELD UND RECHTFERTIGTE DAMIT SEINE NOMINIERUNG.

ASTA THD

Allgemeiner Studentenausschuß
STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

- Hochschulreferat -

H a l l o F a c h s c h a f t e n !

Nachdem der neue AStA nun 5 Wochen im Amt ist, wollen wir vom Hochschulreferat uns mal bei Euch melden. Wir, daß sind die drei Hochschulreferenten:

Frank Schorfheide (LSD) 4.Semester WI-ET
Selim Yargucu (Jusos) 8.Semester WI-ET
Holger Dexel (ÖDS) 4.Semester Physik

Gegenüber den letzten ASten wollen wir wieder die inhaltliche Arbeit und die Zusammenarbeit mit Euch und dem Fachschaftenplenum in den Mittelpunkt stellen. So haben wir zunächst in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftenplenum auf die Rücknahme des OE-Vorschlags der Raumvergabestelle gedrängt. Dieser Vorschlag wurde übrigens inzwischen zurückgezogen. Nun wollen das Fachschaftenplenum und wir den Ständigen Ausschuß 1 (LuSt) bewegen eine Empfehlung an die Fachbereiche auszusprechen, die besagt, daß in der ersten Semesterwoche des Wintersemesters offiziell keine Übungen stattfinden sollen. In vielen Fachbereichen ist dies jetzt schon der Fall, jedoch geben die ProfessorInnen die wahren Anfangstermine ihrer Übungen der Raumvergabestelle nicht an, so daß diese die Räume nicht an die OE-Gruppen vergeben kann. Weiterhin haben wir die Arbeit an einem Reader mit für die Fachschaftsarbeit relevanten Beschlüssen des StuPa's und des AStA's aufgenommen. In diesem Reader sollen auch Themen wie Druckaufträge, Reisekosten, Büromaterial, etc. enthalten sein. Als Erscheinugstermin ist der Dezember dieses Jahres geplant.
Wir verstehen den AStA nicht als geschlossene Gesellschaft, sondern als eine für alle Studierenden offene Institution. Insbesondere die Beziehungen zwischen den Fachschaften und dem AStA sind unserer Meinung nach wichtig für eine funktionierende studentische Selbstverwaltung. Es wäre daher erfreulich wenn Ihr mit Euren Problemen beim Fachschaftenplenum oder bei uns vorbeikämt. Auch wenn Ihr eine größere Veranstaltung oder sogar eine Veranstaltungsreihe plant und Unterstützung braucht, solltet Ihr bei uns im AStA vorbeikommen. Speziell für solche Fälle haben wir eine Projekt-AE zur Verfügung. Eine Projekt-AE gibt es auch im Kulturreferat. Also wenn jemand Lust verspürt eine Veranstaltung zu organisieren, sollte er sich unbedingt mit uns in Verbindung stetzen.

Wichtige Mitteilung: Die Druckerei und die Geschäftsführung des AStA's haben wiederholt darum gebeten, alle Druckaufträge **vor** der Abgabe bei der Druckerei von den ReferentInnen unterschreiben zu lassen, weil sonst die Rechnungsabwicklung einen riesen Aufwand darstellt. Also erst unterschreiben lassen (was bei so vielen unterschriftsberechtigten AStA - ReferentInnen nicht schwerfallen sollte), dann zur Druckerei.

Zum Schluß noch der Termin unseres wöchentlichen Treffens:

Montags, von 11.30 bis 12.30 Uhr

Weitere Termine, zu denen einer von uns da ist, hängen an unserer Tür aus.

Mit freundlichen Grüßen Eure Hochschulreferenten

Frank Schorfheide Holger Dexel

PS: Bei uns läuft momentan ein Projekt zu den Streik- und Aktionstagen im WS 88/89 an. Falls ihr noch Info's aus dieser Zeit haben solltet schickt uns bitte eine Kopie davon. Auch weitere interessierte Mitarbeiter an diesem (oder an einem anderen) Projekt sind jederzeit willkommen.